

ROSALUX

Journal der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

2_2007

Ausblick

**Internationaler Workshop
RLS in Bewegung**

Europa

**Segeln gegen den Wind
Kein Grund zu feiern**

Internationales

RLS im Nahen Osten

Ansichten

**K. Kipping und J. Dellheim
zum Bedingungslosen
Grundeinkommen**



Prekär leben

Editorial	3
Rückblick	
Wie »grün« muss DIE LINKE. sein?	4
Gaukler und Politik	4
Dialog der Kulturen – über das Gespräch hinaus	5
Papiere für alle – ein Ergebnis regionaler Integration in Südamerika?	5
Ausblick	
Workshop: Sozialökologischer Umbau als zentrale Herausforderung	6
Kontakte auf lange Sicht	6
RLS in Bewegung	7
Veranstaltungen	7
Europa	
Segeln gegen den Wind – die Linke in Europa	8
Kein Grund zu feiern	10
Thema	
»Prekär leben«	12
Die neue Normalität Prekarität	12
Gewerkschaftsbewegung der Prekären	14
Protest der Prekären. Von der <i>neuenWut</i> zum Aufstand	16
»Ganz unten« – tiefer geht's nicht	17
Sehenswert	
Die DDR im Polyamid-Netz	19
Stiftungsverbund	
Rosa's Licht in Mecklenburg-Vorpommern	20
10 Jahre Wissenschaftspreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.	21
Internationales	
RLS im Nahen Osten	22
Ansichten	
Pro/Contra: »Bedingungsloses Grundeinkommen – Antwort auf die Prekarisierung?«	24
Interview	
Ermöglichen statt Fördern – Zur Praxis der Jugendbildung bei der RLS	26
Globalisierung	
Multimediale Aufklärung zum G 8-Gipfel und Globalisierung	28
Lesenswert	
»Buchenwald, ich kann Dich nicht vergessen ...«	29
200 Hefte UTOPIE kreativ	30
Antikapitalismus für alle	31
Reihe »Standpunkte«	31

IMPRESSUM**RosaLux**

Journal der Rosa-Luxemburg-Stiftung
Erscheint vierteljährlich

Herausgeberin

Rosa-Luxemburg-Stiftung
Gesellschaftsanalyse und politische
Bildung e.V.
Franz-Mehring-Platz 1, D-10243 Berlin
Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122
cakir@rosalux.de, www.rosalux.de

Redaktion

Cengiz Barskanmaz, Murat Cakir (V.i.S.d.P.),
Horst Helas, Lutz Kirschner, Peter Ostholt,
Dorit Riethmüller, Marion Schütrumpf,
Silke Veth und Mario Candeias

Redaktionsschluss

15. Mai 2007

Satz & Layout

Heike Schmelter

Gesamtherstellung

MediaService GmbH
BärenDruck und Werbung

Auflage

5.000 Stück auf 115 g Profisilk, hergestellt
aus 100% chlorfrei gebleichtem Zellstoff

Titelfoto [M]

www.istockphoto.com
Idee angelehnt an ein Plakatmotiv des
»Prekär-Camp« 2005 in Lüchow/Wendland

Nicht gekennzeichnete Fotos

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Printed in Germany, März 2007
ISSN 1864-6794

Liebe Leserin, lieber Leser!

Die Entscheidung, neue Wege zu gehen, ist nicht immer leicht zu fällen. Man wägt Risiken und Chancen ab, überlegt, ob das Angebot von den AdressatInnen überhaupt angenommen wird und richtet sich darauf ein, dass ein Erfolg erst nach einer gewissen Zeit zu verzeichnen sein wird. Erfolgserlebnisse motivieren dann zum Weitermachen.

Unerwartet, aber nicht unerhofft, haben wir mit **RosaLux** das erste Erfolgserlebnis kurz nach dem Erscheinen der ersten Ausgabe gehabt. Innerhalb kurzer Zeit erhielten wir per Post und E-Mail zahlreiche Zuschriften unserer Leserinnen und Leser. Mehrere Abonnementwünsche kamen sogar aus dem Ausland. Das hat uns natürlich sehr erfreut und Mut gemacht, den eingeschlagenen Weg weiter zu gehen.

Doch auf diesem Erfolg wollen wir uns nicht ausruhen. Denn wir verstehen den Zuspruch gleichzeitig als eine Aufforderung, noch zuzulegen. Gerade im Hinblick auf die Neubildung der Partei DIE LINKE., der wir nahe stehen und aufgrund der Tatsache – wie jüngst bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen bewiesen –, dass diese Partei nun eine bundesweite Verankerung erfährt, werden sich die Anforderungen an die Rosa-Luxemburg-Stiftung sicherlich erhöhen. Unserer Aufgabe, eine plurale, linke und international wirkende demokratisch-sozialistische politische Bildungseinrichtung zu sein, werden wir auch publizistisch nachkommen.

»Verfestigte Ungleichheit, Armut und prekäre Beschäftigung aktueller denn je«

Der Schwerpunkt dieser Ausgabe ist dem Thema »Prekarisierung« gewidmet. 2006 hatte das Thema zwar ein breites publizistisches Echo ausgelöst, war aber

nur für kurze Zeit auf der Tagesordnung der politischen Diskussionen. Dabei ist die verfestigte Ungleichheit, Armut und prekäre Beschäftigung aktueller denn je. Auch unter den Linken wird über die »Prekarisierung« weiterhin kontrovers debattiert.

Unter dem Titel »Prekär leben« nähern sich Silke Veth und Mario Candeias sowie Murat Cakir auf unterschiedliche Weise diesem Thema. Ein Interview mit italienischen Gewerkschaftern gibt über die Organisationsfragen der »Prekären« aufschlussreiche Informationen.

Nicht nur das Thema, sondern auch die Antworten der Linken darauf sind kontrovers. Die stellvertretende Vorsitzende der Linkspartei.PDS und Bundestagsabgeordnete Katja Kipping und Judith Dellheim nehmen zu der Aussage »Bedingungsloses Grundeinkommen – Antwort auf die Prekarisierung?« Pro und Contra Stellung. Damit ist diese Diskussion sicherlich nicht abgeschlossen. Auch in der Zukunft wird die »Prekarisierungsdebatte« brandaktuell bleiben. In **RosaLux** werden Sie die Diskussionen weiter verfolgen können.

Unserem Anspruch, die vielfältige Stiftungsarbeit wiederzugeben, kommen wir auch in dieser Ausgabe nach. Mit Kurzberichten über interessante Veranstaltungen der Rosa-Luxemburg-Stiftung und unserer Partner, ausgewählten Veranstaltungshinweisen, den Beiträgen über die Entwicklung der Europäischen Union von Prof. Dr. Michael Brie und Annette Groth, Informationen über unsere Landesstiftungen und die internationale Arbeit der Rosa-Luxemburg-Stiftung sowie anderen Beiträgen in diesem Heft wollen wir Ihr Interesse wecken. Ich hoffe, dass auch diese Ausgabe von **RosaLux** die Leserinnen und Leser animiert, unsere Veranstaltungen zu besuchen. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen viel Spaß bei der Lektüre.



Dr. Evelin Wittich,
Geschäftsführendes Mitglied
des Vorstandes der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

Evelin Wittich

Wie »grün« muss DIE LINKE. sein?

Der Klimawandel und die zunehmende Knappheit natürlicher Ressourcen gehören zu den zentralen politischen Herausforderungen für linke Politik. Denn zuallererst sind es die Armen, die unter den Folgen der Erderwärmung und den Preisexplosionen auf den Rohstoffmärkten leiden. Nicht nur die Verpflichtung zum Schutz des natürlichen Umfelds, sondern auch das Streben nach sozialer Gerechtigkeit und internationaler Solidarität zwingt zum ökologischen Umbau der Gesellschaft, somit zu einer Politik des Umsteuerns.

Der Kampf um den Zugang zu schwindenden Ressourcen gerät zudem immer mehr zu einer Bedrohung für den Frieden. Die Folgen des Klimawandels führen in vielen Ländern zu Auseinandersetzungen um die Ressourcen. Klima- und Ressourcenschutz sind daher auch aktive Friedenspolitik und Konfliktprävention. Ein Umsteuern auf ressourcensparendes Wirtschaften, erneuerbare Energien und regionale Wirtschaftsläufe birgt Chancen für nachhaltige Beschäftigung und mehr Demokratie. Der dafür notwendige Strukturwandel erfordert aber auch harte Brüche. Eine nicht zu unterschätzende Herausforderung für linke Politik.

Genau darum ging es am 12. Mai 2007 bei der viel beachteten Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung, die in Kooperation mit der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag, WISSENTTransfer und der Redaktion der Zeitschrift »Sozialismus« stattfand. Bundestagsabgeordnete, WissenschaftlerInnen, JournalistInnen und TeilnehmerInnen aus dem Umfeld der Bewegungen debattierten über den Stellenwert der Ökologie für eine moderne Linke. Dabei wurde die Politik der bisherigen parlamentarischen und außerparlamentarischen Arbeit kritisch bewertet und ein neues Herangehen an linke Wirtschafts-, Friedens- und Finanzpolitik angeregt. Für alle, die nicht dabei sein konnten: Die Konferenz wird in Kürze in Bild und Ton auf der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung dokumentiert.

Gaukler und Politik

Politische Bildung einmal anders, theatergerechter gewissermaßen – eine Veranstaltung im Jüdischen Theater Warschaus, April 2007



Holger Politt, Büroleiter des RLS-Büros in Warschau und der bekannte polnische Theater- und Filmschauspieler Wojciech Siemion – der in Deutschland u. a. in der deutsch-polnischen Koproduktion »Die Abfahrt« (1991) zu sehen war – bei der Veranstaltung »Politik im Theater und Theater in der Politik« im Jüdischen Theater in Warschau

Die Gesellschaft für die Europäische Kultur (SEC) rief mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung den bekannten polnischen Theaterschauspieler Wojciech Siemion zu Hilfe, um im Jüdischen Theater in Warschau Ende April dieses Jahres »Politik im Theater und Theater in der Politik« mit feiner Klinge zu ergründen. Schnell war der Mime bei dem polnischen Romantiker Adam Mickiewicz angelangt, dem Lieblingsdichter Rosa Luxemburgs, der im März 1968 urplötzlich zum Verursacher größerer Studentenproteste in Warschau und in anderen Universitätsstädten des Landes wurde. Genaugenommen war das von allerhöchster Stelle angeordnete Herausnehmen eines Mickiewicz-Stücks aus dem damaligen Spielplan des Nationaltheaters der unmittelbare Auslöser.

Auch Bertolt Brecht und Peter Weiss, der in Polen eher weniger bekannt ist, wurden bei guter Gelegenheit an diesem Abend gestreift. Doch gäbe es, so der einhellige Tenor, neuerdings viel mehr Theater in der Politik als umgekehrt Politik im Theater. Vielleicht liege es ja doch an den Zwillingbrüdern, die seit geraumer Zeit das Land regieren und recht eigentlich der Schauspielzunft zugezählt werden könnten, spielten sie doch Anfang der 1960er Jahre in einem in Polen sehr bekannten und beliebten Kinderfilm – »Von zweien die auszogen den Mond zu stehlen« – die beiden Hauptrollen. »Schade«, so ein Ausruf von der Bühne, »dass diese verheißungsvoll begonnenen künstlerischen Karrieren so frühzeitig ihr Ende fanden«. Bedauerlich für die Kunst und bedauerlich für die Politik, könnte hinzugefügt werden.

Dialog der Kulturen – über das Gespräch hinaus

Ein Treffen zwischen jungen deutschen und russischen Künstlerinnen und Künstlern in Murmansk und ein anderer Blick auf die Welt

Im März fand bereits zum vierten Mal in Folge der »Dialog der Kulturen« in Murmansk statt. Initiiert und organisiert vom Humanistischen Jugendverband Murmansk in Kooperation mit dem Roten Baum Leipzig, finanziell unterstützt und organisatorisch begleitet durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung. Das Jugendfestival gehört zu einem der kulturellen Höhepunkte in der Region. Entsprechend groß waren die Aufmerksamkeit und das Interesse bei Medien und Öffentlichkeit.

Aus Deutschland reisten Film- und Videokünstler, Grafik- und Modedesigner, sowie Musiker an. Kleinere Workshops wechselten sich ab mit großen öffentlichen Veranstaltungen, Podiumsdiskussionen mit Ausstellungseröffnungen. Dabei wurde Kunst vor allem als Transportmittel und Reibfläche in der Auseinandersetzung mit Politik verstanden.

In der Seminarreihe »Kunst und Politik« gab es Beiträge von der Murmanskerin Shanna Ponomarenko und den Leipziguern Mandy Gehrt und Gregor Henker zu »Kunst und Politik in der frühen Sowjetunion«, »Dialogbasierter politischer Gegenwartskunst« und »Popkultur und Politik«.

Die Audio- und Videoinstallation »News 21«, die sich mit der Zukunft der sozialen Systeme in Deutschland beschäftigte, war jeden Nachmittag für die Öffentlichkeit zugänglich. Sie führte unmittelbar zu Diskussionen mit den BesucherInnen über Sozialpolitik in Russland und Deutschland.

N. Stepakowa, eine der Hauptorganisatorinnen meint im Interview mit der russischen Zeitschrift *Argumenty i Fakty*: »Inwieweit das Festival junge Menschen aus Murmansk und



dem Ausland verbindet, kann ich nicht sagen, aber es gibt uns allen die Möglichkeit, die Welt aus anderen Augen zu sehen.«

Papiere für alle – ein Ergebnis regionaler Integration in Südamerika?

Seminar zu Migration in Sao Paulo, 13. bis 15. April 2007

Auch innerhalb von Südamerika wird die innerkontinentale Migration zunehmend zum Politikum: Die Probleme der undokumentierten ArbeiterInnen aus Bolivien und Peru, die in den Großstädten Brasiliens, Argentiniens und Chiles in Textil-Sweatshops oder Privathaushalten arbeiten, unterscheiden sich nicht viel von denen der Sans Papiers in anderen globalen Kontexten. Ohne Aufenthaltsstatus ist der Zugang zu Sozialsystemen, Rente, Gesundheitsversorgung und zu gewerkschaftlicher und rechtlicher Vertretung versperrt.

In Sao Paulo trafen sich Mitte April auf Einladung der befreiungstheologischen Mi-

grationspastorale in Brasilien und der Rosa-Luxemburg-Stiftung VertreterInnen von MigrantInnenorganisationen, Beratungsstellen und Forschungsinstitutionen, um Spielräume für eine Veränderung dieser Lage der MigrantInnen im Cono Sur auszuloten. Denn zur Zeit ist auf der politischen und rechtlichen Makroebene einiges in Bewegung, das diese Kämpfe begünstigt: Migrationsgesetze, die aus Zeiten der Militärdiktaturen stammen, werden reformiert oder ersetzt. In Argentinien gibt es bereits ein neues Migrationsgesetz, in das einige Forderungen der MigrantInnenorganisationen eingegangen sind. Dazu kommen bilaterale Abkommen, etwa

zwischen Brasilien und Bolivien, die die Legalisierung der bolivianischen ArbeiterInnen in Brasilien ermöglichen. Und im Gegensatz zu sämtlichen europäischen Staaten haben inzwischen mehrere südamerikanische Staaten die UN-Konvention für die Rechte undokumentierter WanderarbeiterInnen unterzeichnet.

Allerdings betonten die anwesenden Organisationen in Sao Paulo, dass diese Reformen im Alltag der Behörden noch kaum angekommen seien und auch die MigrantInnen selbst noch nicht viel über neue rechtliche Möglichkeiten wüssten. Sie setzten in ihrer Abschlussdeklaration deswegen auf internationale Kampagnen für den »Aufbau einer Welt ohne Grenzen und für eine wirklich universelle und aktive StaatsbürgerInnenenschaft« und auf eine bessere rechtliche Aufklärung und Organisation der MigrantInnen selbst.

Internationaler Workshop
29. Juni bis 1. Juli 2007

Sozialökologischer Umbau als zentrale Herausforderung

2006 startete die Rosa-Luxemburg-Stiftung ihre Reihe internationaler Veranstaltungen zur Wirtschaftswissenschaft. Gesucht werden Antworten auf die Frage »Ist eine andere Wirtschaft möglich?«. Zugleich werden »Konzepte alternativer Ökonomie« auf ihre Tauglichkeit für linke bzw. sozialistische Wirtschaftspolitik geprüft und nach konkreten »Tauglichkeitskriterien« gefragt.

Nach dem ersten, erfolgreichen Workshop zum Umgang mit den Theorien des J. M. Keynes, findet nun vom 29.6.2007–1.7.2007 der internationale Workshop »Sozialökologischer Umbau als zentrale Herausforderung für alternative wirtschaftspolitische Konzepte und Strategien« statt. Namhafte WissenschaftlerInnen, u. a. Rolf Czeskleba-Dupont (Kopenhagen), Roland Muradian (Universität Tilburg, Niederlande), Stanislav Shmelev (London), haben ihre Teilnahme schon zugesagt.

Schwerpunkte des Workshops werden sein: Entwicklung, Übergang, Umbau – Selbstorganisation, Transformation; Kritik der herrschenden Erklärungsmuster, Theorien; Ergebnisse und Erkenntnisse alternativer Analysen und Konzepte; Politische und strategische Implikationen und Neue Allianzen von umwelt- und wirtschaftswissenschaftlich/-politisch Interessierten und Engagierten.

Näheres zum Programm erfahren Sie beim Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Uta Tackenberg, Tel. 030 44310-438, E-Mail: tackenberg@rosalux.de.

Kontakte auf lange Sicht

Internationale Parlamentsstipendiaten des Deutschen Bundestages in der RLS

Seit mehreren Jahren erhalten innerhalb des Programms des Deutschen Bundestages für Internationale Parlamentsstipendiaten junge Menschen vorrangig aus Mittel- und Osteuropa die Gelegenheit zu einem knapp halbjährigen Aufenthalt in Deutschland. 2007 absolvieren insgesamt 98 StipendiatInnen aus Albanien, Bosnien-Herzegowina, Bulgarien, Estland, Frankreich, Georgien, Kasachstan, Kroatien, Lettland, Litauen, Mazedonien, Polen, Rumänien, Russland, Serbien (und Montenegro), Slowakische Republik, Slowenien, Tschechische Republik, Ukraine, Ungarn und den USA das Programm.

Die Stipendiaten absolvieren die größte Zeit ihres Deutschland-Aufenthaltes bei Bundestagsabgeordneten. Von der Linksfraktion sind das in diesem Jahr Dagmar Enkelmann, Diana Golze, Lutz Heilmann, Hans-Kurt Hill, Wolfgang Neskovic, Volker Schneider, Ilja Seifert und Frank Spieth.

Einen Teil des IPS-Programms realisieren die sechs parteinahen Stiftungen in Gestalt von mehrtägigen Seminaren zu unterschied-

lichen Themenbereichen, die zwischen den Stiftungen abgestimmt werden.

Im April 2007 richtete die RLS für zwei der vier IPS-Gruppen je ein dreitägiges Seminar in Berlin aus. Zu den Programmpunkten dieser beiden Seminare gehörte ein Thementag »Die Linke in Deutschland und in der Welt«, ein Tag zum jüdischen Leben in Berlin und eine Exkursion zum Gesundheits- und Wissenschaftsstandort Berlin-Buch.

Die beiden anderen Gruppen des IPS-Programms 2007 werden ihre RLS-Seminare im Juli 2007 im Solarzentrum Mecklenburg-Vorpommern in Wietow bei Wismar absolvieren. In diesem Nebenstandort der Bundesgartenschau 2009 in Schwerin geht es vorrangig um nachhaltige Entwicklung am Beispiel Mecklenburg-Vorpommern. Zum Programm dieser Seminare gehört ein Projekttag zu erneuerbaren Energien im Solarzentrum. Eine Exkursion nach Wismar mit Rathausbesuch und historischem Stadtrundgang und ein Besuch im Landtag Mecklenburg-Vorpommern in Schwerin gehören ebenso zum Programm.



Konzentration: Erfolgsschlüssel im Gläsernen Labor des Campus Berlin-Buch

Veranstaltungen

Diskussion: 21. Juni 2007 Vom Schwinden der geregelten Arbeit – Wege aus der Prekarisierung

Dörre greift die zunehmenden Tendenzen einer Prekarisierung der gesamten Arbeitswelt in den westlichen Industriestaaten auf. Er thematisiert die Spaltung von Belegschaften in Beschäftigte mit gesichertem und andere mit ungesichertem Beschäftigungsstatus. Er zeigt Ansatzpunkte für einen solidarischen Umgang in der Auseinandersetzung mit prekärer Arbeit auf.

Mit: Prof. Dr. Klaus Dörre, Soziologe an der Universität Jena, Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland

Veranstaltungsort: Pavillon am Raschplatz, Lister Meile 4, 30161 Hannover

Kontakt: Rosa-Luxemburg-Bildungswerk Niedersachsen e. V., Tel. 0511 442880, info@rlbni.de

Tagung: 23. Juni 2007 Hartz IV und Wertewandel

Nicht erst die Programmdiskussionen in diversen Parteien hat die Frage nach den Werten neu aufgeworfen. Generell wird in der Gesellschaft empfunden, dass sich vor allem seit dem Ende der neunziger Jahre Veränderungen im Wertehaushalt vollzogen haben. Diese werden vor allem von den Menschen hautnah erlebt, die zu den »VerliererInnen« der gesellschaftlichen Veränderungen der letzten eineinhalb Jahrzehnte gezählt werden. Aber auch die anderen erleben Verschärfung von Konkurrenz und zunehmende Brutalität des Alltags – Spiegelbilder des gleichen Wertewandels. Die »Hartz-Gesetze«, vor allem Hartz IV, spielten und spielen dabei eine wichtige Rolle. Die Veranstaltung wird diesen

Veränderungen nachgehen und versuchen, Konsequenzen für einen eigenen Wertediskurs zu beschreiben.

Anmeldung erbeten!
In Kooperation mit der Humanistischen Akademie
Veranstaltungsort: Rosa-Luxemburg-Stiftung, Konferenzsaal, Franz-Mehring-Platz 1, 10243 Berlin
Kontakt: Dr. Lutz Brangsch, Tel. 030 44310-120, Fax 030 44310-222, brangsch@rosalux.de

Konferenz: 30. Juni bis 1. Juli 2007

Migration und Antirassismus, migrantische Selbstorganisation und Gewerkschaften

Der Kongress verfolgt das Ziel, die Bedeutung von Migration als soziales Phänomen, ihren Zusammenhang mit der Entwicklung des Kapitalismus sowie ihr subversives Potential sowohl einer breiteren Öffentlichkeit zugänglich zu machen wie auch deren Relevanz für linke Diskussion und Praxis aufzuzeigen.

Podien/Panels/Workshops finden zu folgenden Themen statt (genauere Informationen auf Anfrage): Neoliberale Weltmarktdynamik und Migration; Europäisches Grenzregime und Neukonfiguration von Grenzen; Migration, Prekarisierung von Rechten und linke Konsequenzen; Migrantische Selbstorganisation und Gewerkschaften; Migration und Illegalisierung; Die rechtliche Situation von WanderarbeiterInnen; Die Situation (männlicher) Wanderarbeiter im Baugewerbe; Die Situation (weiblicher) Migrantinnen in privaten Haushalten; Der Kampf um Grund- und Menschenrechte für Flüchtlinge und MigrantInnen
Veranstaltungsort: DGB-Haus, Willi Bleicher Straße 20, 70174 Stuttgart

Kontakt: Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg, Tel. 0711 6936607, post@rlf-bw.de

Diskussion: 18. Juni 2007 In welcher Verfassung ist Europa?

Eine Bilanz zum Ende der deutschen EU-Präsidentschaft
Mit: Horst Blanke, Journalist in Magdeburg
Veranstaltungsort: Bildungsverein Elbe-Saale, 4. Etage, Ebendorfer Straße 3, 39108 Magdeburg
Kontakt: Bildungsverein Elbe-Saale Sachsen-Anhalt, Tel. 0391 7324980-82, bildungsverein.elbe-saale@t-online.de

Diskussion: 25. Juni 2007 Die Europäische Union und ihre Perspektiven

Mit: Prof. Dr. Wilhelm Ersil (Potsdam)
Veranstaltungsort: Karl-Thon-Straße 42, 14641 Nauen
Kontakt: RLS Brandenburg, Tel. 0331 8170432, Fax 0331 8170433, luxembbg@t-online.de

Vortrag: 25. Juni 2007 Die EU-Verfassung und ihre Implikationen für die Außen- und Sicherheitspolitik

In dem Vortrag sollen die jüngsten Entwicklungen in der EU im Bereich der Außen- und Sicherheitspolitik diskutiert und nach der Rolle der deutschen Ratspräsidentschaft in diesem Zusammenhang gefragt werden. Welche Tendenzen einer zunehmenden Militarisierung zeichnen sich ab?
Mit: Claudia Haydt (Tübingen)
Veranstaltungsort: Kulturzentrum Merlin, Augustenstraße 72, 70178 Stuttgart
Kontakt: Rosa-Luxemburg-Forum Baden-Württemberg, Tel. 0711 6936607, post@rlf-bw.de



Foto: www.attac.de

RLS in Bewegung

Attac-Sommerakademie in Fulda

Die »Attac-Sommerakademie« findet in diesem Jahr vom 1. bis zum 5. August in Fulda statt. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung wird wie immer einige Seminare zu den Themen Wirtschaft und Eigentum auf der Sommerakademie bestreiten.

»Sommerakademie plus Ratschlag, damit das Wissen Folgen hat«, so wird auf der Attac-Website auf das besondere Konzept hingewiesen. Die Veranstalter legen großen Wert darauf, dass sie nicht nur von- und miteinander lernen wollen, sondern auch analysieren, schlussfolgern und neue Orientierungen hervorbringen werden. Die Rosa-Luxemburg-Stiftung will sie dabei tatkräftig unterstützen. Einer der zentralen Themen der Sommerakademie wird der G8-Gipfel sein.

Auf der Sonderwebsite unter der URL <http://www.attac.de/sommerakademie2007/> wird eine Veranstaltungsdatenbank zur Verfügung gestellt, mit der nach ReferentInnen, Themen und Terminen gesucht werden kann. Nähere Informationen über das Angebot der Rosa-Luxemburg-Stiftung können Sie von Dr. Dieter Schlönvoigt, Tel. 030 44310-147, E-Mail: schloenvoigt@rosalux.de erhalten.

Michael Brie

Segeln gegen den Wind – die Linke in Europa

Die Europa-Konferenz von Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Fraktion GUE/NGL des Europa-Parlaments vom 9. bis 11. März 2007 in Berlin

Die Europäische Union hat heute sieben- undzwanzig Mitglieder, fast 500 Millionen Einwohner und als Wirtschaftsraum das größte Bruttosozialprodukt der Welt. Weltweit erscheint sie als fast einzigartige Erfolgsgeschichte. Und genau in diesem Moment wird in Frankreich und den Niederlanden der Krönung dieser Geschichte – der vorgeschlagenen Verfassung – eine Absage erteilt. In immer mehr Ländern werden Regierungen, sozialdemokratische oder konservative, gewählt, die einem »Weiter so!« zu mehr Markt, mehr Wettbewerb eine Absage erteilen und/oder die Macht der Europäischen Union deutlich beschneiden wollen. Ziele und Mittel der weiteren europäischen Integration sowie der Erweiterung sind offen umstritten. Fünfzig Jahre nach ihrer Gründung ist die Europäische Union in ihrer bisher größten Krise.

Auch die Linke ist von dieser Krise der EU betroffen. Sie ist einerseits eine Bedrohung und sie ist andererseits eine Chance. Sie bedroht Errungenschaften und sie eröffnet die Chance, die realen Ursachen dieser Krise aufzudecken und zu bekämpfen. Vom 9. bis 11. März trafen sich in Berlin Politikerinnen und Politiker, Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, Aktivistinnen und Aktivisten im Anschluss an eine Tagung der Bundestagsfraktion DIE LINKE. zum Engagement im Europäischen Verfassungsprozess. An der von der Fraktion der Vereinigten Europäischen Linken/Nordische Grüne Linke (GUE/NGL) im Europäischen Parlament und der Rosa-Luxemburg-Stiftung gemein-

sam veranstalteten Konferenz »Europa neu gründen?« nahmen über zweihundertfünfzig Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus dreißig Ländern teil¹, um die Grundfragen linker Politik in Europa zu erörtern.

Jede und jeder wird seine Erkenntnisse mitgenommen haben aus diesen Tagen intensiver europäischer Diskussion. Für mich waren es drei: Sag, was wahr ist! Linke Politik ist konkret oder sie ist nicht! Befähige Dich, gegen den Wind zu segeln!

Sag, was wahr ist!

Von Martin Luther ist ein Trinkspruch überliefert: »Iss, was gar ist! Trink, was klar ist! Sprich, was wahr ist!« Rosa Luxemburg hielt es sogar für die erste revolutionäre Pflicht, mit aller Deutlichkeit auszusprechen, was als richtig erkannt wurde. Was aber ist die Wahrheit über die Europäische Union? Ist sie der Hort des Friedens, der Freiheit, des Wohlstands und der Demokratie oder aber eine imperiale Bastion des Neoliberalismus? Ist sie ein Projekt der Völker oder das Werk allmächtiger Kapitaleliten? Hier schon scheiden sich die Geister.

Gesellschaftliche Entwicklungen sind die Resultante von Kräfteparallelogrammen, wie Friedrich Engels bemerkte. Und will man militärische Metaphern benutzen: Situationen der Allmacht sind selten, auch der Neoliberalismus stößt gerade an die Grenzen seines Bewegungskrieges, den er vor drei Jahrzehnten gegen den Sozialstaat und die Gesellschaft insgesamt begonnen hatte. Ist

er zum Stellungskrieg gezwungen, verliert er an mancher Stelle sogar Terrain. Der »Frontverlauf« muss konkret nachvollzogen werden – nicht, um sich vor der Auseinandersetzung zu drücken, sondern gerade deshalb, um sie real führen zu können.

Leistungen und Probleme der Europäischen Union sind eng verbunden:

- Die EU hat dazu beigetragen, dass sich die Systeme europäischer Sozialstaaten herausbildeten, die die Grundlage von sozialem Frieden und Demokratie bilden, *und* hat zugleich seit den 90er Jahren des 20. Jahrhunderts mit einer neoliberal geleiteten Politik dazu beigetragen, dass die Voraussetzungen funktionsfähiger Sozialstaaten sich auflösten;
- Die EU hat dazu beigetragen, dass sich immer mehr Staaten und Völker Europas zusammenschließen *und* hat damit die Verschiedenheit innerhalb der Europäischen Union deutlich erhöht. Zugleich blieb die institutionelle Entwicklung hinter den Anforderungen ihrer neuen Vielfalt und wachsenden Heterogenität zurück, neue Aufgaben der Zusammenarbeit in einer erweiterten Union unter den Bedingungen des 21. Jahrhunderts blieben institutionell ungelöst;
- Die EU hat dazu beigetragen, dass sich der Entwicklungsstand zwischen den Staaten und Regionen innerhalb der Union deutlich angenähert hat *und* hat es nicht vermocht, hinreichende Strategien zu entwickeln, um zu verhindern, dass sich Kernregionen herausbilden, die sich von depressiven Regionen zunehmend abkoppeln;

¹ Die vorliegenden Beiträge der Konferenz sind auf der Website <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=12490> dokumentiert. Sie werden in der neuen Zeitschrift Transform Europe im Herbst 2007 auf Englisch erscheinen.



Foto: www.PhotoCase.com

Europa hart am Wind

- Die EU hat dazu beigetragen, dass diese Region zu einer der wichtigsten Regionen der globalen Wirtschaftsentwicklung geworden ist *und* zugleich ist der Übergang zu einer Politik der Nachhaltigkeit bisher nur sehr ansatzweise oder überhaupt nicht vollzogen worden;
- Die EU hat dazu beigetragen, dass sich friedliche Zusammenarbeit in großen Teilen Europas durchgesetzt hat *und* zugleich steht die Europäische Union ohnmächtig vor sehr zentralen Konflikten wie denen im Nahen und Mittleren Osten und teilweise auch in der Kaukasusregion und Zentralasien und ist immer stärker bereit, zu den Mitteln von Erpressung und militärischem Druck zu greifen und hierzu ihr Militärpotential zu entwickeln.

Es sind sehr verschiedene Akteure, die versuchen, die fünf genannten Linien der Auseinandersetzung – sei es in einem Stellungs-, sei es in einem Bewegungskrieg (Antonio Gramsci) – zu verschieben: Es gibt die Kräfte des offenen Neoliberalismus und jene eines aggressiven Imperialismus. Es gibt neokonservative Bewegungen wie die, die mit Sarkozy in Frankreich gerade einen Sieg erlangt haben. Es gibt sozialdemokratische Positionen, die die Gesellschaft so umbauen wollen, dass globale Wettbewerbsfähigkeit mit einem vorsorgenden Sozialstaat verbun-

den werden kann. Und es gibt linke Bemühungen, in diesen Auseinandersetzungen Abwehrkämpfe zu führen, zu einer sozialen und demokratischen Erneuerung beizutragen und für eine Transformation hin zu einer solidarischen Gesellschaft zu wirken. Daraus ergeben sich oft chancenreiche und gleichermaßen komplizierte Konstellationen wie die, die zum *No* in Frankreich oder zum *Nej* in den Niederlanden führten.

Die Segel so setzen, so dass die gesellschaftlichen Widersprüche zum Tanzen gebracht werden

Linke Politik ist konkret oder sie ist nicht!

Mit jetzt siebenundzwanzig Mitgliedsstaaten vom Atlantik bis zu den Karpaten, von den Shetlandinseln bis nach Zypern ist die weitgehend homogene Gründergruppe der EU durch eine weitläufige Familie abgelöst. Von oben her gesehen mag Europa als Einheit erscheinen, vom Standpunkt der bedrohten, verunsicherten, marginalisierten Gruppen aus betrachtet werden die großen Unterschiede deutlich. So richtig es ist, dass es für viele Probleme keine nationalen Lösungen mehr gibt, so richtig ist es auch, dass es nicht die *eine* europäische Lösung geben kann.

Während die großen Finanzagglomerate, Konzerne und die oberen Gruppen aus allen Ländern die Gewinne der europäischen Integration monopolisieren, werden die Verluste sozialisiert und der Verantwortung der Nationalstaaten überlassen. Der *European Roundtable of Industrialists* (ERT) vereinigt 45 Vorstandsvorsitzende von Großunternehmen und hat bestimmenden Einfluss auf die politische Agenda der EU. Die Forderungen nach mehr Wettbewerb und Deregulierung werden genutzt, um einen verheerenden Wettbewerb um niedrigere Steuern und Sozialstandards zu initiieren und am Laufen zu halten.

Eine der Antworten der Linken darauf, die auf der Konferenz immer wieder diskutiert wurde, ist der Kampf für Korridore sozialer und ökologischer Standards, die in Abhängigkeit vom Entwicklungsniveau des jeweiligen Landes bzw. der jeweiligen Region eingehalten werden müssen. Jeder Fortschritt führt dann dazu, dass zum einen das jeweilige Land oder die jeweilige Region ihre Standards erhöhen muss und zum anderen das Niveau dieser Standards gleichzeitig in der gesamten EU steigt. Dies würde auch bedeuten, sich dafür einzusetzen, ähnliche Prinzipien bei der globalen Zusammenarbeit im Welthandel zu verankern. Eine andere Antwort ist die Nutzung neuer und differen-

zierter Formen der verstärkten Zusammenarbeit zwischen Gruppen von Mitgliedsstaaten der EU – nicht für Rüstung und militärische Abenteuer, sondern zur Koordination der Anstrengungen für mehr soziale Gerechtigkeit und ökologische Nachhaltigkeit.

Segeln gegen den Wind!

Die Linke ist plural und in einer Minderheit. Sie agiert aus einer strategischen Defensive heraus und will doch die Gesellschaft vorwärts, hin zu einer solidarischen Gesellschaft bewegen. Dies verlangt, so Walter Benjamin, Dialektik – die Kunst, die Segel der realistischen Analyse, der konkreten Bündnisse, der

realen Reformprojekte, der tatsächlichen Aktion in einer ganzen Flottille von Schiffen so zu setzen, dass die gesellschaftlichen Widersprüche zum Tanzen gebracht werden – gegen den Willen der Herrschenden, gegen die Dominanz der Kapitalverwertung, gegen den Zeitgeist.

Die Demonstrantinnen und Demonstranten gegen die Enteignung sozialer Rechte durch die Hartz-IV-Gesetze haben genau dies erfolgreich geschafft, auch wenn sie den konkreten Kampf verloren haben. Auch das Zusammengehen der Linken bei der Bundestagswahl 2005 war ein solcher Sieg ohne

unmittelbaren Gewinn an exekutiver Gestaltungsmacht. Die SPD kann die Mindestlohnfrage nicht ignorieren, obwohl sie selbst den »Heuschrecken« erst die Einfallschneise öffnete. Die Tarifoffensive der Gewerkschaften wurde erst vor dem Hintergrund vorhergehender Kämpfe möglich. Das *No* und *Nej* hat den Weg frei gemacht, erfolgreicher dafür zu streiten, dass neoliberale und imperiale Politik in der EU keinen Verfassungsrang erhält.

Prof. Dr. Michael Brie ist stellvertretender Vorsitzender der RLS – Vorstandes und Leiter des Bereichs Politikanalyse.

Annette Groth

Kein Grund zu feiern

Im Jubiläumsjahr der Europäischen Union läuft ihr neoliberaler Umbau auf Hochtouren

Seit einigen Monaten ist die Europäische Union ins Zentrum der medialen Aufmerksamkeit gerückt: Zuerst mit der Übernahme der deutschen Ratspräsidentschaft, dann im März mit den Feierlichkeiten anlässlich des 50. Jahrestages der Römischen Verträge. Das hierzulande pompös inszenierte Jubiläum mit seinen Feierstunden und historischen Rückblicken sorgte dafür, dass die EU täglich Nachrichtenthema war. Weite Teile der konkreten EU-Politik fristeten jedoch weiterhin ihr gewohntes mediales Nischendasein. Insbesondere gilt dies für die programmatische Ausrichtung der EU-Wirtschaftspolitik, die auch unter der Bezeichnung »Lissabon-Strategie« bekannt ist und einen Schwerpunkt der deutschen Ratspräsidentschaft bildet. Unbeeindruckt vom gescheiterten Verfassungsprozess und weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit wird hier an einer neuen wirtschaftsliberalen EU gebaut – mit erheblichen Konsequenzen für die Menschen in den Mitgliedsländern.

»Weitreichende Fortschritte bei der Umsetzung«

Bekannteste Formel des im Jahr 2000 auf

dem EU-Frühjahrgipfel der europäischen Staats- und Regierungschefs verabschiedeten Programms ist der »wettbewerbsfähigste und dynamischste wissensbasierte Wirtschaftsraum der Welt«, in den die EU innerhalb von zehn Jahren verwandelt werden soll. Um dieses so genannte »Lissabon-Ziel« zu erreichen, werden seit einigen Jahren auf EU-Ebene wie in den einzelnen Mitgliedsstaaten die Reformpakete geschnürt. Beispiele hierfür:

- Mit der EU-Dienstleistungsrichtlinie wird ein einheitlicher Binnenmarkt für Dienstleistungen geschaffen. Ein wichtiges Element dieser Richtlinie ist die Öffnung bisher abgeschirmter und geschützter Wirtschaftsbereiche für den Wettbewerb. Ziel ist die Privatisierung zahlreicher öffentlicher Dienstleistungen und Güter.
- Unternehmerfreundlichkeit als zentrale Vorgabe der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik ist wie bei vielen EU-Nachbarn auch in Deutschland Regierungsagenda. Das heißt dann: Senkung der Unternehmenssteuern, Verlängerung der Arbeitszeit

(Rente mit 67) und mehr »Eigenverantwortung« für Bildung, Gesundheit und Altersabsicherung.

- Ein Bündel von Maßnahmen hat in Deutschland die Steigerung der Flexibilität und Anpassungsfähigkeit der Menschen auf dem Arbeitsmarkt zum Ziel. Das sind die Minijobs und die 1-Euro-Jobs, der durch neue Formen der Leih- und Zeitarbeit ausgehöhlt Kündigungsschutz oder der Wegfall der Arbeitslosenhilfe.

Mit der »Agenda 2010« und der Unternehmenssteuerreform hatte bereits die rot-grüne Vorgängerregierung die Brüsseler Vorgaben gut erfüllt. Dementsprechend lobte der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering auch bereits im August 2005 die Agenda-Reformen als »weitreichende Fortschritte bei der nationalen Umsetzung der Lissabon-Strategie«.

KritikerInnen hingegen bezeichnen die Lissabon-Strategie als »europäische soziale Abrissbirne«, die den Konzernen riesige Gewinne beschert, Arbeitsplätze vernichtet und

Kosten für Alters- und Gesundheitsversorgung zunehmend den Einzelnen aufbürdet. Arbeitssuchende werden immer öfter in prekäre Beschäftigungsverhältnisse gezwungen, Sozialleistungen europaweit bis unter das Existenzminimum gedrückt. Es scheint, dass die Länder mit den niedrigsten Sozialstandards Beispiel gebend für die übrigen EU-Mitgliedsstaaten werden. Mit Hinweis auf die »Wettbewerbsfähigkeit« wird suggeriert, dass die tendenzielle Angleichung der Löhne nach unten die einzige Möglichkeit sei, in der Konkurrenz mit den Billiglohnländern bestehen zu können.

»Wettbewerbsfähigkeit«:

Schlüsselwort für neoliberale Politik

Wie viele andere EU-Projekte (z. B. Osterweiterung, Währungsunion, Transeuropäische Netze) geht auch die Lissabon-Strategie auf eine Initiative des »European Round Table of Industrialists« (ERT) zurück. Der ERT ist eine in Brüssel sehr einflussreiche Lobbygruppe, bestehend aus den Vorstandschefs der größten transnationalen Konzerne Europas. Bereits 1993 empfahl diese Gruppe der EU-Kommission, eine »Europäische Wettbewerbskommission« ins Leben zu rufen. Aufgabe dieser Kommission sollte es sein, der Wettbewerbsfähigkeit oberste Priorität auf der politischen Agenda einzuräumen. Ein solches Beratergremium wurde zwei Jahre später eingesetzt und legte die Grundsteine der Lissabon-Strategie. Der langfristige Erfolg dieses ERT-Appells muss als durchschlagend bezeichnet werden, gehört doch »Wettbewerbsfähigkeit, die das Wachstum steigert und Arbeitsplätze schafft« inzwischen zum festen Repertoire europapolitischer Beschwörungsformeln.

Ende April kamen die für den europäischen Binnenmarkt zuständigen MinisterInnen der 27 EU-Mitgliedsstaaten zur Ratssitzung »Wettbewerbsfähigkeit« zusammen und bekräftigten ihre Entschlossenheit, die Umsetzung der Lissabon-Agenda voranzutreiben und den europäischen Binnenmarkt zu stärken. Für die »Verbesserung der Standortattraktivität Europas« seien »ein attraktives Besteuerungssystem, Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und ein gesichertes und »schlankes« rechtliches Umfeld« unabdingbar. Auf weitere Angriffe auf den Kündigungsschutz und auf den Rest des Sozialstaates wird man sich also gefasst machen müssen.

Mit der im November 2006 verabschiedeten umstrittenen Dienstleistungsrichtlinie fallen weite Bereiche der Daseinsvorsorge wie Energie-, Wasser- und Abfallwirt-

schaft, Gesundheit und Sozialdienstleistungen in den Anwendungsbereich der Richtlinie und sind zukünftig dem Wettbewerb ausgesetzt. Ohne gesetzlichen Mindestlohn und im Entsendegesetz verankerten Tarifverträgen wird dem europäischen Lohndumping weitere Tür und Tor geöffnet.

Was in Deutschland nicht geht, wird in Europa umgesetzt

Komplementär zur Lissabon-Strategie und zur Dienstleistungsrichtlinie stellte der EU-Handelskommissar Peter Mandelson im Oktober unter dem Titel »Global Europe – Competing in the World« eine neue Handelsstrategie vor. Ungeschminkt enthüllt die EU dort ihre Pläne zur Steigerung der externen Wettbewerbsfähigkeit: Dazu gehören die Sicherung der Rohstoffversorgung, eine stärkere Präsenz europäischer Unternehmen auf den Wachstumsmärkten, Erschließung und Liberalisierung der lukrativen Märkte für öffentliche Aufträge und Beseitigung aller »nicht-tarifären Handelshemmnisse«. Letzteres sind etwa umwelt- und arbeitsrechtliche Standards, die den freien Handel behindern könnten.

Drei Monate vor der »Global Europe«-Strategie veröffentlichte die Bundesregierung im Juni 2006 ihr Positionspapier »Globalisierung gestalten: Externe Wettbewerbsfähigkeit der EU steigern – Wachstum und Arbeitsplätze in Europa sichern«. Als Hauptanliegen der künftigen EU-Handelspolitik werden »die Marktzugangsbedingungen in Drittländern, insbesondere den aufstrebenden Schwellenländern« für europäische Dienstleister betont. Mit der Empfehlung, die Einführung der Reziprozität für öffentliche Beschaffungsmärkte zu erwägen, drängt unsere Regierung die EU zu noch weiter gehender Liberalisierung in diesem Bereich.

Die zeitnahe Veröffentlichung der beiden Strategie-Papiere ist sicher kein Zufall. In beiden Dokumenten wird verhältnismäßig unverblümt beschrieben, wie das auf Gewinnmaximierung gegründete kapitalistische System abzusichern ist: durch Eroberung neuer Märkte, Lohndrückung, Überführung von gesellschaftlichem in privates Eigentum, Rohstoffsicherung und durch entsprechende Gesetze. Die deutsche Regierung drängt stets auf mehr Handelsliberalisierung und nimmt eine neoliberale Vorreiterposition in der EU ein. Was auf nationaler Ebene keine Akzeptanz findet, wird auf europäischer Ebene durchgesetzt, ist das Motto in Berlin.



Annette Groth, attac-Aktivistin und Landessprecherin der WASG Baden-Württemberg



Prekär leben

Mario Candeias/Silke Veth

Die neue Normalität Prekarität

Seit einer Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung ist »das Prekariat« endlich auch in Politik und Medien angekommen. Nachdem es lange nur ein unsichtbares Schattendasein als »Nicht-Klasse an sich« geführt hat, nur in linken Diskursen herumgeisterte und hier und da in den französischen Vorstädten auftauchte, ist es nun ans Licht gezerrt worden. Das Prekariat, das sind die »Abgehängten«, das ist die »Unterschicht«, derer man sich annehmen muss, meint der wohlmeinende Sozialdemokrat.

Es lässt sich nicht mehr verdrängen, dass es so etwas wie ein »Unten« in der Gesellschaft gibt. »Prekär« bedeutet »unsicher«, aber auch »aus Gnade gewährt« – und so fühlt es sich

auch an: Wer keinen Job hat erlebt, wie ein soziales Recht auf ein garantiertes Existenzminimum im Rahmen von Hartz IV zu einer wohlthätigen, paternalistischen Gewährung von Hilfe umdefiniert wird, die an Wohlverhalten und zu erfüllende Pflichten gebunden wird. Wer aber einen Job hat, muss dankbar sein, überhaupt einen zu haben, auch wenn das Einkommen kaum zum Leben ausreicht.

Prekarisierung ist aber nicht nur am Kontostand abzulesen. Es geht auch um die mangelnde Anerkennung der Arbeit und der Person, um betriebliche und soziale Isolierung, die Zerstörung von Sozialkontakten, mangelnden Sozialversicherungsschutz und fehlende Qualifizierungsmöglichkeiten. Bei

Migranten wirkt die Illegalisierung als zusätzliche Entrechtung. Es geht um die stärkere Unberechenbarkeit des Morgen, um permanente Flexibilität und Mobilität, die oft die Entscheidung gegen Liebgewonnenes bedeuten. Selbstvermarktung und Beschäftigungsfähigkeit sind gefragt. Slogans wie »Arbeitskraftunternehmer« oder »Human-kapital« verändern die Selbstwahrnehmung der Einzelnen, verunsichern und machen ein gemeinsames Handeln sowie das Denken von Alternativen schwierig.

Kein Problem von Wenigen

Zugegebenermaßen ein Sammelsurium an Dimensionen. Aber genau daran zeigt sich die Vielfältigkeit von Prekarisierungs-

prozessen, die je nach Klassenzugehörigkeit, geschlechtlichen, ethnisch, nationalen oder anderen Zuschreibungen, ganz unterschiedlich ausfallen und verschieden bearbeitet werden. Jeder spürt den Druck der Prekarisierung, viele wissen von der Möglichkeit, dass es sie treffen kann – dieses Wissen wird aber noch lange nicht zu einem Verständnis von einer allgemeinen, gemeinsamen Lage.

Prekarisierung ist längst kein Problem einiger weniger mehr. Es betrifft illegalisierte migrantische Putzfrauen, Sicherheitskräfte mit weniger als 4 Euro Stundenlohn, die befristete Kassiererin bei Lidl, wie den gut ausgebildeten ostdeutschen Leiharbeiter im Ruhrgebiet, oder den (schein)selbständigen Fernfahrer. Aber es betrifft eben auch die (zwangs)mobilien Kurzzeit-Projektarbeiter in der IT-Industrie, freie JournalistInnen, selbständige Kulturschaffende, befristet beschäftigte SozialarbeiterInnen und Wissenschaftler, die Bibliothekarin mit 1-Euro-Job oder das Computer-Proletariat in den Call-Centern: Formen der *Flexploitation*, der flexiblen Ausbeutung im neoliberalen Kapitalismus. Der Unsicherheit unterworfen sind auch Praktikanten, Hartz IV-Empfänger und natürlich alle jene, die schon immer prekär leben mussten, Sozialhilfeempfänger, nicht anerkannte Fluchtmigranten, Obdachlose.

Über 36 Prozent der Erwerbstätigen in Deutschland verdienen weniger als zwei Drittel des Durchschnittseinkommens, davon gehören über sieben Millionen zu den lohnarbeitenden Armen, den *working poor*, die weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens erhalten – die Hälfte davon ist vollerwerbstätig. Der Anteil »regulärer« Beschäftigungsformen ist von ehemals über 80 Prozent (Mitte der 1970er Jahre) auf weniger als 63 Prozent zurückgegangen. Die Ausbreitung informeller Aktivitäten ohne reguläres Beschäftigungsverhältnis und die Realität jenseits vereinbarter Verträge entziehen sich ohnehin den herkömmlichen statistischen Methoden. Zudem werden schon jetzt über zwei Drittel aller Jobs nur noch befristet vergeben. Drei Viertel aller Beschäftigten kennen den Wechsel zwischen Arbeit, Phasen der Arbeitslosigkeit, befristeter Beschäftigung, arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, prekärer Selbstständigkeit, Sozialhilfe, Arbeit etc. aus eigener Erfahrung. Das neue Normalarbeitsverhältnis ist das prekäre Beschäftigungsverhältnis.

Fluch oder Segen

Die Hoffnung vieler Menschen, dass ihre prekären Arbeitsverhältnisse ein Sprungbrett in die sichere Be-

schäftigung sein kann, erfüllt sich jedoch nur selten. Die Prekären befinden sich in einer Art Schwebelage – sie haben den Anschluss an die vermeintliche Normalität noch immer vor Augen und müssen alle Energien mobilisieren, um den Sprung vielleicht doch noch zu schaffen. Andererseits sind permanente Anstrengungen auch nötig, um einen dauerhaften sozialen Abstieg zu vermeiden. Sie haben daher keine Reserven, kein Ruhekitzel. Dies wirkt disziplinierend auf ihr Handeln, macht sie gefügig.

Die kurze Aufregung um ein »abgehängtes Prekariat« oder eine kleine (wenn auch wachsende) »Unterschicht« soll politisch als Entdramatisierung der sich zuspitzenden sozialen Frage wirken. Die Mittelschichten sind stabil und zufrieden, meldeten sozialliberale Wissenschaftler kürzlich (Frankfurter Rundschau v. 28.03.07, 23). An der Aufregung seien nur die Medien schuld. Tatsächlich erleben wir jedoch die Verbreitung einer allgemeinen gesellschaftlichen Kultur der Unsicherheit.

Im Zuge transnationaler Verlagerung und immer neuen Entlassungswellen sind selbst die fest angestellten Stammbeschäftigten nicht mehr sicher. Was heißt dann noch sichere Beschäftigung? Waren prekäre Randbeschäftigten zunächst erwünschter Flexibilisierungspuffer, schleicht sich bei den Kernbeschäftigten ein diffuses Gefühl der Ersetzbarkeit ein, da sich die Externen in kurzer Zeit als mindestens ebenso leistungsfähig und extrem einsatzbereit, als flexibler, gefügiger und v. a. billiger erweisen. Doch solange keine französischen Verhältnisse herrschen und die Autos in Neukölln nicht brennen, scheint die Verdrängung möglich.

Jedoch: Die massive Ausweitung flexibilisierter, oft prekärer Teilzeit-Arbeitsverhältnisse ermöglichte vielen Frauen oder (illegalisierten) Migranten überhaupt erst den Sprung auf den Arbeitsmarkt und die Vereinbarkeit von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit. Und es sind nicht nur die Hochqualifizierten, die das Ende des »nine-to-five-Trotts« begrüßen, die die Spannung zwischen persönlicher Autonomie und zunehmender Ungewissheit durchaus auch als Zugewinn erfahren. Die Menschen wissen, dass das alte Normalarbeitsverhältnis kaum zurück zu haben ist, viele streben es auch nicht mehr an: Denn auch in den prekärsten Verhältnissen finden sich Momente erweiterter Selbstbestimmung und Möglichkeiten einer anderen Lebensführung, neuer patch-work-Identitäten – meist allerdings um den Preis größerer Unterwerfung.



Silke Veth, Referentin für internationale Politik im Bereich Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung



Dr. Mario Candeias, wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bereich Politikanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung, sein Themenschwerpunkt ist Kapitalismusanalyse

Schwierige Bedingungen für Gegenwehr

Nicht zuletzt sind viele Versprechungen dieser Jobs nach Autonomie und Selbstbestimmung alte linke Forderungen, die in neoliberale Arbeitsmarktkonzepte integriert wurden. Auch die Art und Weise, wie Menschen sich in gesellschaftliche Prozesse einbinden und so selbst immer wieder reproduzieren, haben sich seit dem alten Fordismus gehörig verändert: Selbstregierung ist die Devise! Damit wird Kollektivität schwerer und Forderungen nach sozialer Gerechtigkeit erscheinen schnell als Sozialromantik und Hemmnis für individuelle Entfaltung.

Ein politischer Paradigmenwechsel ist passiert: Es ist nicht mehr die Verantwortung des Staates, sondern vielmehr die der Einzelnen, sich über Arbeit am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Erwerbslosigkeit wird nicht mangelnden Perspektiven zugeschrieben, sondern individuellem Versagen. Staatliche Aktivierungspolitik exerziert das vor, was grundsätzlich neuer Standard werden soll. So ist z. B. die Debatte um Niedriglöhne auch eine gesellschaftliche Debatte um die Neudefinition von Normalität, um Disziplinierung und das Brechen »überzogener Standards«.

Doch auch unter den Prekarisierten regt sich Widerstand. Immer wieder gelingt es z. B. illegalisierten migrantischen Landarbei-

tern oder Bauarbeitern, Reinigungskräften oder Teilzeitverkäuferinnen selbst transnationalen Konzernen beachtliche Konzessionen abzuringen. Die Organisationsformen der Prekären sind vielfältig: Die sog. *living-wage* Kampagnen in den USA seit Beginn der 1990er Jahre haben unter dem Motto »Let Justice Roll« erreicht, dass sich mehr als 80 Arbeiter- und Community-Organisationen zusammenschlossen und während der Wahlen zum Kongress 2006 Referenden für Mindestlöhne in sechs Bundesstaaten starteten. In Italien haben mittlerweile alle drei großen Gewerkschaftsdachverbände eigene Gewerkschaften der Prekären. In Deutschland finden sich »Anti-Hartz-Bündnisse«, Arbeitsloseninitiativen, Initiativen gegen Billiglohn oder zur Organisierung in den »Call-Center-Initiativen« oder bei Lidl. Dazu kommen grenzüberschreitende Netzwerke von Hausarbeiterinnen und Migrantinnen wie *respect*, *mujeres sin rostro*, die berühmten *Sans-Papiers*, Künstlerinitiativen und autonome Forschungsgruppen von Frauen wie die *Precarias a la deriva* etc. pp.

Strategien, diesen auch oft widersprüchlichen Prozessen etwas entgegenzusetzen, brauchen Zeit, Geld und den politischen Willen, die mitunter sehr verschiedenen Kämpfe für Würde und Selbstbestimmung zusammen zu bringen. Doch: Die Gewerkschaften

tun sich – abgesehen von einigen Modellprojekten – schwer, ihre Arbeit über den Kreis der männlichen, weißen Facharbeiter auszudehnen. Die Frauenbewegung hat an Mobilisierungsfähigkeit eingebüßt. Die globalisierungskritische Bewegung hat immer noch Schwierigkeiten, politische Strategien auf lokale Kämpfe herunter zu brechen. DIE LINKE versucht das Verhältnis zwischen Partei und Bewegung neu auszuloten und ist durch den Vereinigungsprozess doppelbelastet. Lösungsstrategien werden immer noch und vermehrt individuell gesucht.

Trotz aller Unterschiedlichkeit von Lagen und Bedürfnissen gilt es dabei an einer Perspektive verallgemeinerter Handlungsfähigkeit festzuhalten. Um Spaltungen zwischen »working poor« und abgehängter »Unterklasse« zu verhindern, wäre die Forderung nach Mindestlöhnen und stabiler Beschäftigung mit der Forderung nach einem echten, bedingungslosen Grundeinkommen für alle zu verbinden. Letztlich ginge es um die Neuverteilung aller gesellschaftlich notwendigen Arbeit für alle und die transnationale Verallgemeinerung sozialer Rechte. Doch Forderungen reichen dafür nicht aus. Die (Selbst)Organisierung eines vielfältigen, in sich gespaltenen Prekariats als Klassenfraktion im Werden wird zur vordringlichen gesellschaftlichen Aufgabe.

Interview

Gewerkschaftsbewegung der Prekären

In Italien ist der Prozess der Prekarisierung schon länger und heftiger zu spüren als bei uns. Neue Arbeitsplätze werden zu 70 Prozent nur noch befristet vergeben; Prekarität ist für viele zu einem Normalzustand geworden. Doch anders als in Deutschland scheint die gewerkschaftliche Organisierung der »Unorganisierbaren« hier möglich. In allen drei großen Gewerkschaftsdachverbänden gibt es selbständige Gewerkschaften der Prekären. Die erste war die *Nuove Identità*

di Lavoro (Neue Identität der Arbeit), kurz: NIDiL. Sie gehört dem kommunistischen und größten Dachverband CGIL an. Ein Gespräch mit der Leiterin der gewerkschaftlichen Koordination in der Emilia Romagna, Elena Giustozzi, und der neuen Vorsitzenden der NIDiL, Filomena Trizio:

Wie kam es zur Gründung von NIDiL?

Elena Giustozzi: Ende der 1990er Jahre entwickelten sich lokal informelle Organi-

sationsstrukturen, Strukturen von prekär Beschäftigten, insbesondere selbständiger Frauen, die versuchten, überregionale Koordinationsformen zu entwickeln. Dabei traten sie an die CGIL heran, um Unterstützung zu erhalten, ohne jedoch einfach einem großen Apparat beitreten zu wollen. Zu unterschiedlich waren die Positionen und die Kultur der Gruppen. Die besondere Lage und Identität der Prekären verlangte nach einer besonderen Organisation.

Filomena Trizio: Es war ein Prozess, der von »unten« kam und dann von der CGIL aufgegriffen wurde. 1998 kam es dann zur Gründung der NIDiL als selbständige Organisation, aber unter dem gemeinsamen Dach. Wir wollten der neuen Organisation eine Struktur geben, die die Vielfältigkeit der heutigen Arbeitswelt widerspiegelt, einer Arbeitswelt, die sich in den letzten Jahren mit kolossaler Geschwindigkeit entwickelt hat. Unser Ziel ist, durch neue Gesetze Arbeitnehmern Rechte und Garantien zu sichern, auch wenn sie aus dem traditionellen Arbeitssystem ausgeschlossen sind.

Wie viele Mitglieder habt ihr?

Elena Giustozzi: Mittlerweile sind 22.000 Mitglieder organisiert. 54 Prozent davon sind jünger als 40 Jahre, mehr als die Hälfte aller Mitglieder sind Frauen. Jedes Jahr kommen ca. 30 Prozent neue Mitglieder hinzu. Die Fluktuation ist allerdings noch groß.

Was ist die Zielsetzung?

Elena Giustozzi: Die NIDiL will gleichermaßen Dienstleitungen bieten als auch Klassenorganisation für atypische ArbeiterInnen sein. Wir folgen dem Grundsatz: Lohnarbeit ist Lohnarbeit, ob atypisch oder nicht – der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit besteht fort und gegen diesen muss sich gewerkschaftliches Handeln richten. Ziel ist eine gemeinschaftliche Kultur der Kooperation zu entwickeln, um die eigenen Bedingungen zu verbessern, ohne den Wunsch nach weitgehender Selbstbestimmung über die eigene Arbeits- und Lebensweise zu unterminieren.

Filomena Trizio: Wir bieten rechtliche Unterstützung, finanzielle Unterstützung durch günstige Kreditprogramme und Bankenkooperation sowie die Übernahme von Bürgschaften, Zugang zu bezahlbarer Sozialversicherung durch Auflage spezieller Policen in Zusammenarbeit mit Versicherungen sowie allgemeine Beratung, etwa bei der Erstellung von Business-Plänen und Weiterbildung an. Inzwischen konnten 120.000 »individuelle Tarifverträge« geschlossen werden, damit soll ein »arbeitnehmer-ähnlicher« Status er-



reicht werden. Wir erarbeiten Mindeststandardkataloge. Ähnlich dem deutschen Tariftreuegesetz sollen für Unternehmen, die besonders negativ beurteilt werden, Sanktionen ausgesprochen bzw. keine öffentlichen Aufträge vergeben werden.

Auch der sozialistische und der christliche Gewerkschaftsdachverband haben inzwischen eigene Gewerkschaftsstrukturen für die Selbständigen. Ist das der Beginn der Entprekariisierung?

Elena Giustozzi: Zum Teil. Wir konnten einen allgemeinen, national gültigen Tarifvertrag für befristete Beschäftigte und Leiharbeiter vereinbaren, der die Integration der Prekären in das System der Sozialversicherungen und 4 Prozent der Tarifsumme für Investitionen in die Weiterbildung der Betroffenen vorsieht. Ziel ist, den Preis der Ware Arbeitskraft zu erhöhen und Leiharbeit gegenüber festangestellten Beschäftigten zu verteuern. Dabei geht es nicht um Zurückdrängung der flexiblen Arbeitsformen, sondern ihres prekären Charakters. Der größte Erfolg ist es, dass durch die enge Anbindung der NIDiL an die Muttergewerkschaft einer Spaltung zwischen Beschäftigten, Prekären

und Selbständigen bei betrieblichen Auseinandersetzungen wirksam begegnet werden kann. Die Unternehmen werden bei Arbeitskämpfen nun von zwei Seiten in die Zange genommen.

Filomena Trizio: Ja, in den ersten Jahren hatten wir erhebliche Erfolge, Leiharbeit war gut geschützt, die Selbständigen einigermaßen. Doch die Berlusconi-Jahre haben uns zurückgeworfen. Die Steuern für Arbeiter und Kleinunternehmen stiegen und das Feld flexibler Beschäftigung wurde zu einem Supermarkt der Unternehmen, indem sie mit Blick auf Arbeitskraft-Schnäppchen frei wählen konnten. Im Bereich der Call-Center z.B. arbeiten ganze Unternehmen mit Tausenden von Beschäftigten mit projektbezogenen Verträgen. Dagegen müssen wir tarifpolitisch vorgehen. Aber auch die Regierung Prodi zu gesetzlichen Regelungen drängen.

Das klingt nach klassischer Gewerkschaftspolitik? Abgesehen von der Zielgruppe, worin unterscheidet sich NIDiL von anderen Organisationen?

Elena Giustozzi: Natürlich nutzen wir die klassischen Instrumente und erfinden neue.

Entscheidend ist dabei die basisorientierte Struktur, die Abkehr von einer reinen Betriebsorientierung, die enge Zusammenarbeit mit den Branchengewerkschaften und anderen sozialen Gruppen, unser Verständnis als Teil einer breiten globalisierungskritischen Be-

wegung. Zumindest ist dies der Anspruch, der im Alltag immer wieder neu umgesetzt und entwickelt werden muss. Wir müssen uns permanent verändern, um insbesondere für die kreativen Berufsgruppen des Prekariats attraktiv zu bleiben. Und wir müssen mit

der notwendigen Radikalität und Autonomie eine auch gewerkschaftliche Bewegung der Prekären mobilisieren, um den Druck auf Regierungen und Kapital zu erhöhen.

Das Gespräch führte Mario Candeias.

Protest der Prekären. Von der neuen Wut zum Aufstand

Die *neue Wut* gegen prekäre Arbeits- und Lebensverhältnisse, gegen Enteignung mühsam errungener sozialer Rechte und das »zur-Ware-werden« von allem und jedem dokumentiert, das Leiden der Menschen an den Verhältnissen: Existenznöte, die Angst vor sozialer Deklassierung, vor Arbeitsplatzverlust oder den Zumutungen der Job Center, der Druck zur Selbstvermarktung. Eine Angst, die aber eben auch umschlägt in Wut über die schamlose Bereicherung bei »denen da oben« und immer neue Einsparungen »bei denen da unten«. Dagegen wenden sich zahlreiche Proteste, die möglicherweise den Beginn einer breiten sozialen Bewegung in Deutschland markieren. Martin Keßler und sein Team haben sie filmisch begleitet. Sie waren bei den Montagsdemos gegen Hartz IV oder bei Arbeitskämpfen bei Opel. Im Mittelpunkt des 90-minütigen Dokumentarfilms von 2005 stehen die Arbeitslose Barbara Willmann, der Opelarbeiter Paul Fröhlich, die Attac-Aktivistin Pedram Shahyar und Werner Hallbauer sowie Andreas Ehrholdt, Initiator der Montagsdemos gegen Hartz IV, u. a. mehr.

Seit 2005 ist der Protest scheinbar abgeebbt. Doch er sucht sich neue Ausdrucksformen: Die Wut hat inzwischen auch die Studenten erfasst. Ob in Hamburg, Nordrhein-Westfalen oder in Hessen gehen tausende Studentinnen und Studenten auf die Straße, um gegen die Einführung von allgemeinen Studiengebühren zu protestieren. Für das Recht auf kostenlose Bildung, gegen die schleichende Privatisierung des Bildungswesens und die soziale Ausgrenzung von Studenten aus einkom-

menschschwachen Familien. Und gegen die Aussicht auf ein prekäres Leben und Arbeiten, Karrieren schlecht oder nichtbezahlter Praktika, Anpassung oder Hartz IV. Wieder war Martin Keßler mit der Kamera dabei und hat dokumentiert, wie Autobahnen blockiert oder während der WM der Frankfurter Hauptbahnhof lahmgelegt wurden.

Der Protest verläuft in Wellen. Die Intensität nimmt zu. Immer öfter ist von »französischen Verhältnissen« die Rede, werden die erfolgreichen Massendemonstrationen von Schülern, Studenten und Gewerkschaftern gegen die Lockerung des Kündigungsschutzes im Nachbarland zum großen Vorbild. *Kick it like Frankreich* heißt entsprechend das 60-mi-

nütige filmische Dokument aus dem Jahr 2006. Dieser Film ebenso wie die *neue Wut* haben nichts von ihrer Aktualität verloren, denn weitere Proteste werden folgen, wie die z. B. die Aktionen anlässlich des G8-Gipfels in Heiligendamm. Entscheidend wird sein, ob sich aus den einzelnen Aktionen tatsächlich eine Bewegung entwickeln lässt, die eine Veränderung der Verhältnisse zu bewirken vermag. Insofern liefern die Filme ein Bild einer Situation des Protests, deren Ziel noch unabsehbar ist.

Beide Filme wurden von der Rosa-Luxemburg-Stiftung unterstützt. Sie sind zu beziehen über www.neueWut.de.



Murat Cakir

»Ganz unten« – tiefer geht's nicht

MigrantInnen: auf der untersten Stufe der gesellschaftlichen Hierarchie

*Solch eine erstaunliche Welt ist es hier,
dass sie im Überfluss stirbt,
mit der Not lebt.
Wie kranke, hungrige Wölfe
laufen in den Vorstädten Menschen umher.*

Nazim Hikmet Ran, 1935

Es war das Jahr 1983, als sich Günter Wallraff entschied, die Arbeits- und Lebensverhältnisse der »Gastarbeiter« am eigenen Leibe zu erfahren. Sein Buch »Ganz unten« schien die Mehrheitsgesellschaft aufgerüttelt zu haben. Die Medien sprachen von »skandalösen Zuständen«, unter denen die »Gastarbeiter« gehalten wurden und mahnten ein generelles Umdenken im Bezug auf die Behandlung »unserer Gäste«.

Nun, knapp ein Vierteljahrhundert danach, hat sich doch etwas geändert, wird man sagen. Doch mitten in Europa, dem Hort der Aufklärung, des Wohlstandes und westlicher Demokratien, verbessert sich nur die Situation der Privilegierten und Besserverdiener. Wer auf der untersten Stufe der gesellschaftlichen Hierarchie steht, hat kaum Möglichkeiten, sich daraus zu befreien. Diejenigen, die ganz unten stehen, dienen als Sündenböcke für die anhaltenden Probleme des Systems oder als Bedrohungspotenzial für das Schüren der Ängste der gesellschaftlichen Mitte. Bereit, weil ihnen nichts anderes bleibt, für einen Hungerlohn und unter schlechtesten Bedingungen ihre Arbeitskraft zu verkaufen, sind sie zudem willkommene Objekte für den Frontalangriff des Neoliberalismus auf das Statut der Lohnarbeit. Ganz unten, im MigrantInnendasein, offenbart sich so das hässliche Gesicht des globalisierten Finanzmarktkapitalismus.

Prekär leben? Doch nichts Neues!

Gerne wird in der Debatte über die »Preka-

risierung« der Zusammenhang zur Migration hervorgehoben. Als krasses Beispiel der Verelendung weist man zu recht auf die Arbeits- und Lebenssituation der Illegalisierten, Sexarbeiterinnen oder Haushaltshelfinnen hin. Auf der anderen Seite unterstreicht die libertäre Kritik des Fordismus die »positiven Eigenschaften« der »Prekarisierung«, in der z. B. illegalisierte Migrantinnen den Sprung in das Arbeitsleben schaffen – zwar im Niedriglohnssektor, den sie aber nicht als »prekär« empfinden, da sie ja Schlimmeres gewohnt seien.

Migration war immer eine Überlebensstrategie gegen Prekarisierungsprozesse

So konstruiert wird die »Autonomie der Migration« zu einer Strategie gegen die nationalen Begrenzungen und Grenzen sozialer Rechte erkoren und MigrantInnen zu autonomen Akteuren der »Prekarisierung« glorifiziert. Dabei ist die Migration, »eine sich stets wiederholende, lange Geschichte« (I. Wallerstein), immer eine Überlebensstrategie der »verächtlichten, erniedrigten, unterdrückten und versklavten« Individuen. Nichts Neues also. Oder ist das Neue daran, dass »flexible, nomadische, migrantische und hybride Subjekte das Leitbild des sesshaften Arbeiter-Bürgers ablösen« (S. Karakayali) werden? Ist die »Prekarisierung« tatsächlich als eine Chance zu begreifen, die emanzipiert und ökonomische Selbständigkeit ermöglicht, obwohl es immer einhergeht mit der Entrechtung und Unterwerfung?

Ich bin der Auffassung, dass zuerst der Frage, wie die »Prekarisierung« in soziologisch-kultureller, wirtschaftlicher, historischer, politischer und juristischer Hinsicht zu definieren ist, nachgegangen werden sollte. Si-

cherlich wird die Antwort darauf keineswegs eindeutig ausfallen. Zumal die Schwierigkeit der Begriffsbestimmung darin besteht, dass der Prekarisierungsdiskurs einen Versuch darstellt, die alten (aber noch immer relevanten) Herrschaftsverhältnisse in einen postmodernen Begriff des »Prekariats« hineinzuinterpretieren. Auffallend ist dabei, dass die erstrebenswerten Strategien stets als individualistisch verstanden werden. Quasi als Individualisierung der sozialen Verhältnisse.

Zudem sprechen gehässige Mäuler davon, dass der gegenwärtige Prekarisierungsdiskurs im Grunde eine eurozentristische Sichtweise sei. Das ist starker Tobak, aber nicht von der Hand zu weisen. Denn der Rest der Welt hat unter der Herrschaft des Westens die Ausbeutung und damit die Prekarisierungsprozesse schon immer erfahren. Ein Pendant zu diesem Diskurs stellt die Debatte über die Zivilisation und Barbarei des Westens dar. Erst mit dem 1. Weltkrieg und insbesondere mit dem Holocaust wurde man in Europa darauf aufmerksam, dass die europäische Moderne auch barbarisch sein könne. Dabei hat Europa bis heute die Verantwortung für eines ihrer größten Verbrechen an der Menschheit, der Quasivernichtung der UreinwohnerInnen des amerikanischen Kontinents noch immer nicht übernommen.

So gesehen kann behauptet werden, dass der europäische Prekarisierungsdiskurs mit dem Bruch des privilegierten Status der westlichen Gesellschaften begonnen hat. Anders gesagt: Erst mit der kollektiven Wahrnehmung begann das Trauma der Mehrheitsgesellschaften. Besonders in der Berliner Republik muss dies im engen Zusammenhang mit der Transformation des rheinischen Kapitalismus gesehen werden. Das Antasten

der Privilegien des »weißen« Normalbürgers machte die verfestigten Ungleichheiten und die Klassengesellschaft für alle sichtbar.

»Und dann wird jeder Bürger zum Ausländer im eigenen Land«

Das bringt uns zum Thema der gesellschaftlichen Hierarchien. Grundannahme der Debatte ist, dass unterschiedliche Bevölkerungsteile von den Prekarisierungsprozessen betroffen sind. Das ist zwar richtig, doch bei näherem Hinsehen werden gravierende Unterschiede deutlich. Zwei wesentliche sollten hier erwähnt werden.

Erstens; die Flexibilisierung im Arbeitsleben der Qualifizierten ist eine Veränderung von Arbeitsstrukturen, was jedoch mit der eigentlichen Bedeutung der »Prekarisierung« wenig zu tun hat. Vielmehr wird die monotone und sichere Beschäftigungsart durch einen abwechselnden Lebenslauf ersetzt. Unsicher, aber mit »weißen« Privilegien und Vorrechten auf dem Arbeitsmarkt. Daher sehen Gutausgebildete in der Prekarisierung durchaus »Momente erweiterter Selbstbestimmung« und erliegen der Vorstellung, als »eigenverantwortlich handelnde und unternehmerisch denkende, selbständige Individuen« ihre Arbeitsbedingungen einzeln aushandeln zu können. Diese Sichtweise vernachlässigt jedoch die Tatsache, dass Indivi-

dualrechte nur dann fundamementiert werden können, wenn Kollektivrechte gewährleistet sind. Die Befreiung des Einzelnen war immer ein Werk kollektiver, gesellschaftlicher Kämpfe und nicht umgekehrt.

Zweitens müssen die Spannungen zwischen den »weißen« und »nichtweißen« Unterschichten benannt werden. Die neoliberale Strategie der Verunsicherung und der massive Umbau der sozialen Sicherungssysteme führen zwar zu einer Nivellierung der Konkurrenzbedingungen zwischen diesen beiden Unterschichten, doch die vorhandenen Privilegien der weißen Unterschicht verhindern eine Gleichstellung. Aufgrund der Ethnisierung der arbeitsmarktrechtlichen Instrumente haben »weiße« Unterschichten gegenüber MigrantInnen nicht zu unterschätzende Vorrechte. Das heißt natürlich nicht, dass Armut und Elend für Weiße ein Fremdbegriff ist, aber institutionelle und gesellschaftliche Diskriminierungsfelder sowie die Rechtsunsicherheit, den Aufenthaltsstatus jederzeit verlieren zu können, potenzieren die »Prekarisierung« der nichtweißen Unterschichten.

MigrantInnen, Flüchtlinge und Illegalisierte waren immer die Unterprivilegierten in unserer Gesellschaft. Erst als die gesamte Gesellschaft ihnen gleichgestellt werden sollte, wurde davon Kenntnis genommen. Um es mit Heribert Prantl zu sagen: Erst als alle Deutschen im eigenen Land Ausländer werden sollten, wurde die »Prekarisierung« zu einem echten Problem.

Nichtsdestotrotz gilt: Die Verunsicherung erfasst weite Teile der Gesellschaft und vertieft dessen Spaltung. Die unter dem Druck der Finanzmärkte erzwungene Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse, die Erosion sozialstaatlicher Regulationen und die voranschreitende Entkopplung von Arbeit und sozialer Sicherheit führen dazu, dass nicht nur die Unterschichten, sondern auch die Mehrheit der abhängig Beschäftigten in eine Angststarre versetzt werden. So wird die »Prekarisierung« zu einem Herrschaftsinstrument des Neoliberalismus gegen alle.

Angesichts dieser Tatsache kann die Alternative dieser Entwicklung nicht die alleinige Fokussierung auf individualistische Strategien sein. Vielmehr ist es notwendig, eine Politik zu entwickeln, die aus der Perspektive der Schwächsten der Gesellschaft ausgehend auf die Neuerfindung der Sozialstaatlichkeit zielt und unter Berücksichtigung der veränderten Geschlechterrollen, Lebensläufe und emanzipatorischen Erwartungen die Koppelung von Arbeit und sozialer Sicherung auf einer neuen Basis umgestaltet. Der Einsatz dafür im Hier und Jetzt wird dann auch die beste Grundlage für die Forderung nach globalen sozialen Rechten sein, die fest mit dem Kampf um eine andere Welt verbunden sind.

Notwendig dafür sind breite gesellschaftliche Bündnisse und die Wiederaneignung der politischen Gestaltungsfähigkeit. Es ist, wie Joachim Bischoff schreibt, »die Herausforderung für Gewerkschaften, globalisierungskritische Bewegungen und die politische Linke, (...) gegen den nationalen und internationalen Umbau durch die neoliberalen Eliten das Protestpotential zu bündeln. Wir werden diese Aufgabe nur lösen können, wenn wir uns die gesellschaftlichen und politischen Widersprüche der Wiederentdeckung der Klassengesellschaft klar machen«.

Siehe auch:

- Immanuel Wallerstein, »Migration: Reaktion auf die Reaktion?«, in: www.binghamton.edu
- Serhat Karakayali, »Mobilität und Prekarität als Ressource in den Kämpfen um Migration«, in: *Prekäre Perspektiven, Reader der Neuen Gesellschaft für Bildende Kunst (NGBK), Berlin 2004–2006*
- Heribert Prantl, in: *Süddeutsche Zeitung vom 21./22. April 2007*
- Joachim Bischoff, »Das abgehängte Prekariat«, in: *Sozialismus 11 / 2006*

Murat Cakir ist Pressesprecher der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



Stefan Bollinger

Die DDR im Polyamid-Netz

Von der Vielfalt nicht nur musealer DDR-Bilder – Parteidiktatur und Alltag in der DDR

Ein sehr dehnbares blauweißes Polyamid-Einkaufsnetz fällt ins Auge. Klein, zweckmäßig, immer am Mann oder an Frau für den überraschenden Einkauf – klein, bescheiden, pffiffig. So, wie die DDR 40 Jahre bestehen konnte und doch nur geeignet war für ein Überleben, nicht für die Ewigkeit. Besucher dieser jüngsten DDR-Alltagsausstellung, nun im tonangebenden Deutschen Historischen Museum, werden je nach Geburtsort und -tag unterschiedliche Exponate interessieren und bei ihnen ungleiche Assoziationen auslösen: Für manchen Ex-DDR-Bürger die Erinnerung an gelebtes Leben und ein wenig Stolz darauf, sicher auch Wehmut. Für den jenseits der Mauer Geborenen eher der Nachgeschmack an einen als grau, bedrängend – kontrollierend empfundenen Staat, der Begrüßungsgeld abknöpfte, dafür aber reichlich und gut essen wie lesen ließ. Für die Nachgeborenen aus beiden Landesteilen – eventuell beeinflusst durch familiäre Erzählungen oder »Überlieferungen« in Fotoalben und Kellerboxen – meist ironische Distanz, was da den Altvorderen so alles gehörte, sie prägte, sie frustrierte. Und jenen, die sich mehr oder minder spät von der DDR zumindest geistig verabschiedet hatten, an ihrem Untergang als spätstalinistischem System arbeiteten, steht ein anderes Déjà-vu bevor: Erinnerung an Repression und an eine Selbstbefreiung, deren Folgen für die DDR dann so tödlich war – besonders im Ausstellungsabschnitt »Bohème« bemerkenswert belegt.

Diese Ausstellung könnte Probelauf für jenes modifizierte DDR-Bild sein, das die Sabrow-Kommission im vergangenen Jahr empfahl und das Martin Sabrow in seinem Katalogtext bekräftigt: Die Abkehr von einem allein machtpolitisch fixierten, vernichtenden Totalitarismusbild und der Versuch, die DDR als ein normales staatliches wie gesellschaftliches Gebilde vorzuführen, in dem totalitäre Repression mit dem Eigensinn seiner Bürger und partieller Kuscheligkeit einhergingen. Also ein DDR-Bild, in dem sich viele der Bürger dieses Staates wiederfinden, welches aber auf die grundsätzliche Ablehnung des (Staats-)Sozialismus und seiner Repression nicht verzichtet. Ein solches Bild anerkennt, dass »nicht alles schlecht war«, es angenehme, vielleicht gar bewahrenswerte Erfahrungen gibt. Ein der-

artiger Rückblick, das zeigt die Ausstellung, kann eher als Totalkritik Akzeptanz finden, ist aber für eine linke Geschichtsbetrachtung und -politik nicht ausreichend. Zuwenig wird begriffen, wo die Wechselwirkungen mit dem anderen, als feindlich empfundenem und auch so handelndem Westen bestanden, wo auch zwangsläufig Grenzen einer emanzipatorisch antretenden sozialistischen Gesellschaft auftauchen können. Jenes popelige Einkaufsnetz oder die graubraune Einkaufstüte waren Zeichen von Mangel und Sparsamkeit, aber sicher auch die einer nicht konsumorientierten Gesellschaft. Der Spagat zwischen Wünschen und Bedürfnissen der Bürger, den realen Möglichkeiten einer Volkswirtschaft – heute würde man auch die Belastbarkeit der Umwelt einbeziehen müssen – und der Fähigkeit, Bedürfnisse demokratisch zu definieren (und nicht nach dem Gewinninteresse der Anbieter von Produkten) bleibt Dauerthema.

Die Ausstellung hat den Vorteil, dass die Eingeweihten, diejenigen, die dabei waren oder die sich deren Erinnerungen verinnerlicht haben, sich eine eigene Meinung bilden können. Problematisch wird es für jene, die auf eigene Erinnerung verzichten müssen oder sie nicht haben können. Hier werden sie mit den bestimmenden Großerzählungen über die DDR konfrontiert, deren differenziertere Variante in dieser Ausstellung eben nicht die allein prägende ist. Die Reizwörter sind auch im Museum präsent – Grenze, Stasi, Uniformierung..., mit ihnen umzugehen bleibt schwierig. Die Schwierigkeiten einer Alternative zum Kapitalismus – nicht im Kopf, sondern in der Praxis fordern weiter heraus.



Doz. Dr. sc. phil. Stefan Bollinger, Politikwissenschaftler und stellvertretender Vorsitzender der Hellen Panke e.V. in Berlin

Parteidiktatur und Alltag in der DDR

vom 30. März bis 29. Juli 2007
 Deutsches Historisches Museum
 Unter den Linden 2, Pei-Bau, 10117 Berlin
 Kuratoren: Carola Jüllig, Regine Falkenberg
 Öffnungszeiten: täglich 10–18 Uhr
 Eintritt: 4 Euro
 Katalog: Regine Falkenberg/Carola Jüllig/Jörn Schütrumpf
 unter Mitarbeit von Ralph Geis im Auftrag des DHM (Hg.):
 Parteidiktatur und Alltag in der DDR. Berlin 2007, 14 Euro



Kranfahrerin im Kirow-Werk, um 1970, Foto: Martin Schmidt



Michael Herms

Rosas Licht in Mecklenburg-Vorpommern

Mecklenburg-Vorpommern zählt mit seinen Inseln und Stränden, mit seinen Seen und Wäldern, mit den alten Hansestädten wohl zu den schönsten Landstrichen Deutschlands. Andererseits ist die Situation im Lande alles andere als Rosarot. Hier gibt es die höchste Arbeitslosenrate, die noch höher läge, würden nicht Zehntausende Woche für Woche gen Westen pendeln. Hier schreit, bei zunehmender Abwanderung junger Menschen, die Veralterung der Bevölkerung voran. Und hier hat sich – gerade, aber nicht nur, in den strukturschwachen Gebieten – eine rechtsextreme Szene etabliert, deren Arm seit vergangenem Jahr bis ins Schweriner Schloss, den Landtag, hineinreicht.

Weil aber Schwarzmalen nichts nützt, versuchen wir Rosas Licht mittels politischer Bildungsarbeit ins Land zu tragen. Wir – das sind die zwei Standbeine der RLS in M-V: das 1991 gegründete Forum für politische und interkulturelle Bildung e.V. mit Arbeitsgruppen in Schwerin, Greifswald und Neubrandenburg sowie das seit Mitte 2003 in Rostock etablierte Regionalbüro der RLS. In den beiden letzten Jahren haben wir jeweils rund 100 Veranstaltungen mit je gut 5.000 Besuchern durchgeführt. Die Themenpalette reicht von der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit, das Nachdenken über Chancen für einen Sozialismus im 21. Jahrhundert bis zur Analyse von Globalisierungsprozessen, wofür wir nicht erst durch das Gipfeltreffen von Heiligendamm angeregt worden sind. Selbstverständlich war dies ein Anlass, um mit unseren Mitteln diese Themen zu fokussieren und mit anderen darüber nachzudenken, ob und wie eine andere Welt möglich ist.

Rosas Licht leuchtet seit längerem in den größeren Städten, gelegentlich aber auch schon

mal in Güstrow, Hagenow, Parchim, Sassnitz, Bad Doberan oder in Grevesmühlen. Mit AktivistInnen vor Ort haben wir in Pasewalk drei Ausstellungen präsentiert, in Ueckermünde eine Veranstaltung mit einem NPD-Ausstiegser oder in Groß Lüsewitz eine interessante Debatte über Gentechnologien in der Landwirtschaft organisiert. Dennoch reicht unsere Kraft für das Flächenland nicht aus.

Publikationen als Lichtverstärker

Umso mehr geht es uns um sinnvolle Kooperationen und Synergieeffekte. Zu unseren Partnern zählen die ASten der beiden Universitäten, diverse Jugendvereine, die Gewerkschaften, die VVN, Arbeit und Leben, Volkshochschulen, Ausländervereine, antirassistische Gruppierungen und Friedensbündnisse. Darüber hinaus fördern wir, entsprechend unserer Möglichkeiten, Geschichtsprojekte der KZ-Gedenkstätten, das Dokumentationszentrum Prora, den Erinnerungsverein Alt Rehse, den Verein Freier Himmel, diverse Jugendprojekte u. a.

Zu den Lichtverstärkern zählen gelegentlich auch Publikationen, wie etwa die in Broschüren dokumentierten Tagungsergebnisse unserer jährlichen Lateinamerika-Konferenzen, eine Biographie über den Lokalpolitiker Bernhard Quandt oder eine Studie über die viel diskutierte Regierungsbeteiligung der PDS.

Klar, RosaLux reicht noch nicht überall hin, aber es gibt auch keinen Grund, unser Licht unter den Scheffel zu stellen.

Dr. Michael Herms ist Regionalmitarbeiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Rosa Luxemburg Stiftung

Regionalbüro der
Rosa-Luxemburg-Stiftung

und



RLS-Forum für politische und
interkulturelle Bildung e.V.

Gemeinschaftsbüro
Augustenstraße 78
18055 Rostock
Tel. 0381 4900450
Fax 0381 4900451
mv@rosalux.de
www.forum-pib.de

Klaus Kinner

10 Jahre Wissenschaftspreis der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.

Seit nunmehr zehn Jahren verleiht die Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen einen Wissenschaftspreis. Er gründet sich auf eine Stiftung des 2005 im Alter von 100 Jahren verstorbenen deutsch-amerikanischen Wirtschaftswissenschaftlers und Publizisten Günter Reimann aus New York. 33 junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler konnten den in drei Stufen ausgelobten Preis bisher entgegennehmen.

Ein Dezennium bietet Gelegenheit Bilanz zu ziehen. In der Wissenschaftsgeschichte sind zehn Jahre eine nahezu zu vernachlässigende Größe. Nicht aber in der Entwicklung junger Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler. Auch in der Geschichte einer 1991 aus den Trümmern des »Realsozialismus« hervorgegangenen Stiftung sind diese zehn Jahre prägend. Abgewickelt und ausgegrenzt aus dem offiziellen Wissenschaftsbetrieb gelang es, ein eigenes wissenschaftliches Profil auszuprägen. Den evaluierten bzw. in den Vorruhestand verschickten unruhigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern gelang es, eine zweite Wissenschaftslandschaft aufzubauen, die inzwischen über eigene Institutionen, Bibliotheken, Publikationsreihen verfügt. Die sächsische Rosa-Luxemburg-Stiftung – unweit der Albertina und des Geisteswissenschaftlichen Zentrums der Leipziger Universität gelegen – hat mit ihrem Wissenschaftspreis junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler angezogen, die im Sinne ihrer Satzungsziele linke emanzipatorische Ideen entwickeln. Die Stiftung wirkt damit – gemäß ihrem Auftrag – zurück in die Gesellschaft. Die PreisträgerInnen der zurückliegenden Jahre wirken als Professorinnen und Professoren, als MitarbeiterInnen der Rosa-Luxemburg-Stiftung im In- und Ausland. Nicht wenige haben thematisch ihre Preisträgerarbeiten fortentwickelt. Es sind wichtige Monographien entstanden, die in den großen Bibliotheken der Welt zu finden sind. Ein Abruf der Namen der Preisträger im Internet bringt reichliche Einträge.

Der Wissenschaftspreis 2007 wurde an folgende AutorInnen vergeben:

- Peter Birke: »Sechzig Pfennig zu wenig, muss eine Mark«. Wilde Streiks und Gewerkschaften zwischen

1950 und 1973 im bundesdeutsch-dänischen Vergleich. Dissertation zur Erlangung der Würde des Doktors der Philosophie der Fächergruppe Philosophie und Geschichtswissenschaft der Universität Hamburg, 2006, 415 S.

- Wigbert Blank: Die kolonialwirtschaftliche Nutzung der ehemaligen Kolonie Deutsch – Ostafrika. Gesellschaftliche und forstwirtschaftliche Entwicklung in Deutsch – Ostafrika. Magisterarbeit, 2006, 321 S.
- Claudia Catharina Münzing: Coming out of the closet – Öffentlichkeits- und Privatheitsdiskurse im Spannungsfeld geschlechtlicher und sexueller Identitäten. Magisterarbeit 2005/2006, 95 S.
- Falk Engelhardt: Entwicklung und Politik der trotzkistischen Linksopposition in Leipzig ab 1924. Magisterarbeit, 2006, 108 S.
- Jana Günther: Die politische Inszenierung der Suffragetten in Großbritannien. Formen des Protests, der Gewalt und symbolische Politik einer Frauenbewegung. Bereits veröffentlichte Magisterarbeit, 2006, 130 S.

Den Festvortrag zur Preisverleihung hielt der Stipendiat der Rosa-Luxemburg-Stiftung Berlin Thomas Tetzner zum Thema: Der neue Mensch. Zur Genealogie der sozialistischen Eupsychie. Den festlichen Rahmen für die Preisverleihung schuf ein Flötenquartett der Musikschule J. S. Bach. Für die Preisträger und die Gäste der Rosa-Luxemburg-Stiftung bereitete es große Freude, dem ebenso temperamentvollen wie einfühlsamen Spiel der jungen Solisten zu lauschen.

Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.
Harkortstraße 10
04107 Leipzig
Tel. 0341 9608531
Fax 0341 2125877
RosaLuxemburg-Stiftung.
Sachsen@t-online.de
www.rosa-luxemburg-stiftung-sachsen.de

Prof. Dr. Klaus Kinner ist Geschäftsführer der Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen e.V.



Flötenquartett der Musikschule J. S. Bach



Jüdische und arabische SchülerInnen auf einer gemeinsamen Exkursion

Fritz Balke

RLS im Nahen Osten

Seit nunmehr sieben Jahren realisiert die Rosa-Luxemburg-Stiftung gemeinsam mit ihren lokalen Partnerorganisationen Projekte in den palästinensischen Gebieten und in Israel. Diese stehen natürlich im Kontext des Nahostkonflikts. Sie sollen ein Beitrag zu einer gerechten Friedenslösung sein und zur Überwindung von gegenseitigem Misstrauen und Vorurteilen beitragen. Angesichts von Kriegen, der immer wieder aufflammenden Gewalt und des Scheiterns aller bisherigen Friedensinitiativen man kann sich schon die Frage stellen, was dieses Engagement eigentlich bringt.

Das gemeinsame Anliegen mit allen unseren Freunden beiderseits der »grünen Linie« besteht darin, einen Beitrag zur friedlichen, gerechten Lösung der vielschichtigen Konfliktlagen zu leisten. Kleine Schritte, die gegangen worden sind, sind für uns wich-

tiger als große Versprechungen, die sich nicht erfüllen.

So arbeiten wir in **Palästina** mit dem *Palestinian Centre for Peace and Democracy* (PCPD) und dem *Ramallah Center for Human Rights Studies* (RCHRS) eng zusammen. Beide haben ihren Sitz in Ramallah. Unsere Sympathie gilt hier jenen Aktivistinnen und Aktivisten, die mit friedlichen Mitteln ihrem legitimen Widerstand gegen Besatzung und Landraub Ausdruck verleihen und dem Ziel verpflichtet sind, einen unabhängigen, lebensfähigen palästinensischen Staat an der Seite Israels zu schaffen.

Starke Frauen – Frauen stärken

Das PCPD engagiert sich mit uns für die politische Bildung von Frauen, insbesondere in peripheren Gebieten des Westjordanlandes. Frauen leiden hier besonders, sowohl unter

der Besatzung, als auch unter der üblichen Männerdominanz.

Ihr Selbstbewusstsein und ihre Bereitschaft zur aktiven Einmischung in die Politik sollen gestärkt werden, auch konkret durch die Schulung von Wählerinnen und Kandidatinnen und die Einflussnahme auf eine Demokratisierung des Wahlgesetzes. Die Tatsache, dass dabei erstmals eine, wenn auch noch bescheidene, Frauenquote eingeführt wurde, zeigt, dass trotz der komplizierten Lage Fortschritte möglich sind.

Schule der Demokratie

Das RCHRS macht sich für einen demokratischen Umgang aller Menschen miteinander stark. Jugendliche an palästinensischen Hochschulen und in Flüchtlingslagern werden von erfahrenen Dozenten und Moderatoren im demokratischen Umgang, zu Men-

schenrechten und in gegenseitiger Toleranz geschult.

Aus dem Wahlsieg der radikal-islamistischen Hamas im Januar 2006 wurde gemeinsam der Schluss gezogen, nun erst recht die demokratischen Kräfte und Organisationen der Zivilgesellschaft zu stärken. Dabei wird auch kein Bogen um die von der Hamas beeinflussten Menschen gemacht – im Gegenteil: nicht Ausgrenzung, sondern Dialog und geduldige Überzeugungsarbeit versprechen auf Dauer Erfolg. Inzwischen bietet die Zeitschrift *Tasamuh* (Toleranz) für junge Autoren ein Podium, sich in diesem Sinne zu artikulieren.

Brücken bauen

In *Israel* heißen unsere Partner *Havatzelet – Cultural & Educational Institutions*, die *Coalition of Women for Peace* und *HILA – Israel Committee for Equality in Education*. Sie versuchen mit unserer Unterstützung, Menschen zusammenzubringen und Kontakte zu ermöglichen – zwischen Juden und jenen Minderheiten, die zwar Bürger und Bürgerinnen des Staates Israel, aber im täglichen Leben dennoch vielfach benachteiligt sind. Insbesondere betrifft das die arabischen Einwohner Israels, die immerhin 20 Prozent der Bevölkerung ausmachen.

Schulpartnerschaften und gegenseitige Besuche sollen einen anderen Blick ermöglichen. Der erste Schritt zur Verständigung ist immer das Bekanntmachen mit dem Leben und Denken, der Kultur und den Argumenten des Anderen. Und so wird mancher Besuch jüdischer Jugendlicher in einem benachbarten arabischen Dorf und die dabei entstehenden bisweilen hitzigen Diskussionen für

beide Seiten zu einem Aha-Erlebnis. Es beginnt mit dem Austausch der Mail-Adressen und führt allmählich zu der Erkenntnis, dass man doch sehr ähnliche Alltagsprobleme zu bewältigen hat.

Die jährlich durchgeführten Veranstaltungstage »Kultur des Friedens« in der bekannten Begegnungsstätte *Tzavta* im Zentrum von Tel Aviv bedienen sich des Mittels der Kultur, um angesichts politischer Vorbehalte und Ängste die Menschen zusammenzubringen – und mit Erfolg, wenn man die wachsenden Zuschauerzahlen und die positive Resonanz in den Medien sieht.

Projektunterstützung mit Improvisation

Eltern aktivieren

Das Anliegen von *HILA* ist es, durch die Bildung von gemischten Elternkomitees an Schulen zur Demokratisierung des Bildungssystems beizutragen und mit vielfältigen Aktivitäten die Privatisierung von Bildung zu verhindern.

Das in den Schulen der Minderheiten viel niedrigere Unterrichtsniveau verschlechtert enorm die Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dies wird in Forderungen an die Schulbehörden und die Politiker immer wieder thematisiert. Steter Tropfen höhlt den Stein. Die Eltern werden ermutigt, die ihnen in der israelischen Gesetzgebung zustehenden Rechte aktiver wahrzunehmen. Gegenwärtig wird ein Gesetzentwurf diskutiert, der die Rechte der Eltern im Bildungssystem festschreiben soll.

Noch wird all dies durch das angehäuften Konfliktpotenzial zwischen Israel und seinen Nachbarn negativ beeinflusst. Vielfach sind rasche Entscheidungen und auch Improvisation gefragt, etwa wenn im Westjordanland vom israelischen Militär wieder einmal neue Straßensperrungen errichtet werden und die neue »Spermauer« die Fahrt von Ramallah ins nur zwölf Kilometer entfernte Jerusalem unmöglich macht. Und auch der Libanon-Krieg im vergangenen Jahr hat die Beziehungen zwischen Juden und Arabern in Israel einer harten Belastungsprobe ausgesetzt. Dennoch ist die Arbeit unserer Partner unersetzlich, gehört sie doch zu jenen Mosaiksteinen, die sich einfügen in die vielfältigen Bemühungen, um die Vision von einem friedlichen, gewaltfreien Nahen Osten eines Tages Wirklichkeit werden zu lassen.

Der Name Rosa Luxemburg hat auch im Nahen Osten einen guten Klang. Die bisherigen Ergebnisse der Projektarbeit, aber auch viele Anfragen potenzieller Partnerorganisationen haben die RLS ermutigt, mit den Vorbereitungen zur Eröffnung zweier Büros in Ramallah und Tel Aviv zu beginnen.

Dr. Fritz Balke ist Regionalreferent für den Nahen und Mittleren Osten im Bereich Ausland der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

Aktivitäten der Stiftung in der Region seit 2000

- Projekte in Israel und Palästina mit derzeit fünf Partnerorganisationen
- Die Eröffnung von Büros in beiden Ländern ist für 2008 geplant.

Themenlinien

- Frieden, Sicherheit, Stärkung der Demokratie
- Demokratie und Menschenrechte
- Unterstützung von Minderheiten

Weitere Informationen

Dr. Fritz Balke
Rosa-Luxemburg-Stiftung
Franz-Mehring-Platz 1
10243 Berlin
Tel. 030 44310-153
balke@rosalux.de
www.rosalux.de

»Bedingungsloses Grundeinkommen



MdB Katja Kipping, Mitglied der Fraktion DIE LINKE. im Deutschen Bundestag und stellvertretende Parteivorsitzende der Linkspartei.PDS

PRO Prekarität hat verschiedene Gesichter. Da ist die Gebäudereinigerin, die zu Hungerlöhnen arbeitet. Da ist der Dauerpraktikant, der sich in Hoffnung auf eine FestEinstellung ausbeuten lässt. Da ist die Soloselbstständige ohne Krankenversicherung, die auf Selbstausschreibung setzen muss. Nicht zu vergessen der Migrant, der sich nur mit illegalisierten Tätigkeiten über Wasser halten kann. Ganz egal, ob Laptop oder Wischmopp die Arbeitsmittel sind, vor Prekarität ist kaum noch jemand sicher. Zwei Drittel aller neuen Jobs sind befristet. Drei Viertel aller Erwerbsbiografien verlaufen inzwischen diskontinuierlich. Jeder sechste Studierende schließt nach Studienabschluss ein unbezahltes Praktikum an. Dies sind nur einige Zahlen, die andeuten, wie sehr Prekarität um sich greift. Der französische Soziologe Pierre Bourdieu, der sich mit diesem Thema intensiv auseinandersetzt, beschreibt, wie diese Unsicherheit zu »jedem Zeitpunkt in allen Köpfen präsent ist«¹ und damit enorm disziplinierend wirkt.

Demokratiepauschale statt Abhängigkeit von Gnade

Auf diese Form der Unsicherheit ist das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE) eine Antwort.²

So dreht das BGE die Logik von Hartz IV komplett um. Im Zuge von Hartz IV hat die Erpressbarkeit der Beschäftigten zugenommen. Unbezahlte Überstunden und Lohnreduzierungen wurden verstärkt akzeptiert, weil dies besser erschien als auf die Gnade der Jobcenter angewiesen zu sein. Diese Erfahrungen zeigen, wie Recht Karl Marx mit der Einschätzung hatte, dass das Erpressungs-

potential der Reservearmee eine Existenzbedingung des kapitalistischen Reichtums darstellt. Das Damoklesschwert Erwerbslosigkeit wirkt umso disziplinierender, je schlimmer die Lebenssituation von Erwerbslosen ist.³ Wenn jeder ohne Repressionen rund 1.000 Euro sicher bekommt, ist der Noch-Beschäftigte nicht mehr in dem Maße erpressbar. Dies ist eine deutlich bessere Voraussetzung, um kürzere Arbeitszeiten, bessere Bezahlung und mehr Mitbestimmung einzufordern.

Prekär bedeutet im Lateinischen auch »aus Gnade gewährt«. Beim BGE handelt es sich um ein Bürgerrecht, das allen zusteht. Damit entfällt die Abhängigkeit von der Gnade anderer und die Erniedrigung, um Hilfe bitten zu müssen. Grundsicherungsmodelle hingegen brechen nicht mit der Abhängigkeit von der Gnade einer Institution, die für die Prüfung der Bedürftigkeit und der Arbeitswilligkeit zuständig ist. Damit eröffnen sie immer die Gefahr von Repressionen.

Wer sich politisch einbringen will, muss sich die Fahrt zur Demo oder die Tageszeitung leisten können. Schon deswegen setzt politische Partizipation ein Mindestmaß an materieller Absicherung voraus. Zudem bedarf es – so das Fazit von Pierre Bourdieu – »eines Minimums an Gestaltungsmacht über die Gegenwart, um [...] überhaupt die Idee in Betracht zu ziehen, die Gegenwart unter Bezugnahme auf eine erhoffte Zukunft umzugestalten.«⁴ Das BGE ermöglicht allen unabhängig von Ihrer Stellung im Arbeitsmarkt dieses Minimum an gesellschaftlicher Teilhabe. Insofern wirkt das BGE auch als Demokratiepauschale – die gerade in Zeiten der zunehmenden Prekarität immer bedeutsamer wird.

1 Pierre Bourdieu: *Zur Aktualität eines Begriffes – Prekarität ist überall*. Auszug aus einem Vortrag 1997 in Grenoble. Abgedruckt in: »Gegenfeuer« UVK Verlagsgesellschaften. Konstanz 2004.

2 Natürlich nur wenn die Höhe gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht. Unter Berücksichtigung von Warenkorbmodellen und der offiziellen Armutsrisikogrenzen ist hier ein Korridor von 800 bis 1000 Euro (zusätzlich Krankenversicherung und regionalisiertem Wohngeld) plausibel zu begründen. Um Missverständnisse zu vermeiden, sei an dieser Stelle noch mal darauf hingewiesen, dass nicht überall, wo heutzutage Grundeinkommen in der Mund genommen wird, ein Bedingungsloses Grundeinkommen gemeint ist. Das parteienunabhängige Netzwerk Grundeinkommen hat dazu vier Kriterien erstellt: Erstens muss gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden. Es muss sich zweitens um ein individuelles Recht handeln, das drittens ohne Bedarfsprüfung und viertens ohne Zwang zu Arbeit gewährt wird. Bürgergeldmodelle, die auf Zwang zur Bürgerarbeit abstellen oder auf die Abschaffung aller Sozialsysteme zielen, werden dem nicht gerecht.

3 Zweifelsohne wäre eine wirkliche soziale Grundsicherung, wie sie beispielsweise die Linksfaktion fordert, eine Verbesserung gegenüber dem status quo.

4 Pierre Bourdieu: *Zur Aktualität eines Begriffes – Prekarität ist überall*.

– Antwort auf die Prekarisierung?«

CONTRA Politik, die davon ausgeht, dass jeder Mensch das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben in Würde und solidarischem Miteinander hat, kann sich nicht auf eine zentrale Forderung konzentrieren. Schließlich geht es um die individuelle Teilhabe an politischen Entscheidungen, die für das eigene Leben und das Leben der Gesellschaft wesentlich sind, um Frieden, körperliche und seelische Unversehrtheit, um intakte Natur, sinnvolle Arbeit, soziale Sicherheit einschließlich medizinischer Betreuung auf hochwertivem Niveau, sozial gleiche Teilhabe an Bildung und Kultur.

Auch Strategien gegen Armut, soziale Ausgrenzung und prekäre Lebensbedingungen können nicht auf ein Mittel fixieren, weder auf ein bedingungsloses Grundeinkommen (BGE), noch auf eine »Trias Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn, bedingungsloses Grundeinkommen«. Sie müssen darauf zielen, die Stellung der Benachteiligten in der Gesellschaft nachhaltig zu verändern: Sie zu ermächtigen, anderen Akteuren Leistungen zu verweigern, um zu erzwingen, dass die eigenen Interessen realisiert werden. Das wäre u. a. auch die Voraussetzung dafür, dass das BGE dauerhaft existenzsichernd wäre und helfen könnte, gesellschaftliche Produktion und Lebensweise demokratisch so umzubauen, dass insbesondere die natürlichen Lebensbedingungen gesunden und gewahrt werden.

Die beiden Knackpunkte im Streit »Pro oder Contra BGE« sind einerseits die gesellschaftspolitischen Machtverhältnisse, die letztendlich mit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, mit konkreten Akteuren und Eigentumsverhältnissen zu tun haben. Andererseits geht es um die Frage, ob die Menschen als

Gesellschaftsmitglieder oder atomisierte Individuen gesehen werden.

Die Ausblendung dieser Probleme ist den linken und den neoliberalen Verfechter/innen des BGE gemeinsam. Der große Unterschied liegt in seiner Höhe, wobei die neoliberalen BGE-Protagonisten eindeutig am längeren Hebel sitzen und in ihrem Sinne erfolgreich die sozialen Sicherungssysteme demontieren. Zugleich setzen sie den Weg in die Gesellschaft von UnternehmerInnen eigener Arbeitskraft und sozialer Sicherung fort. Die linken BGE-AnhängerInnen, die sich selbst als konsequente GegnerInnen der neoliberalen sehen, machen unbewusst mit. Sie übersehen, dass das BGE

- zwangsläufig Kombilohn und damit tendenziell Lohnsenkung bedeutet
- die Verhandlungsposition der LohnarbeiterInnen schwächt
- die Organisation von die Gesellschaft verändernden sozialen und politischen Akteursbündnissen, insbesondere mit den Gewerkschaften erschwert.

Die Alternative zum »linken BGE« sind keineswegs eine Pflicht zur Arbeit, eine entwürdigende Bedürftigkeitsprüfung, ein Festhalten an den gegenwärtigen, patriarchal geprägten und vielfach ungerechten sozialen Sicherungssystemen. Die Alternative kann eine bedarfsorientierte soziale Grundsicherung sein, die diese Systeme ergänzt und reformieren hilft. Sie ist als ein Instrument gegen Armut und soziale Ausgrenzung konzipiert und zugleich als ein Schritt zur Teilhabe an gesellschaftlicher Arbeit, der Individuen ermächtigt, Gesellschaft verändern zu können.



Judith Dellheim, Sprecherin der BAG Wirtschaftspolitik in der Linkspartei.PDS und WASG

Ermöglichen statt Fördern – Zur Praxis der Jugendbildung bei der RLS

Jugendkoordinator Ronald Höhner im Gespräch über die Jugendbildung bei der Rosa-Luxemburg-Stiftung

Linke emanzipatorische Jugendbildung – starke Worte und ein großer Anspruch. Bevor wir dazu kommen, was dahinter steckt, stellt sich die Frage, warum eine Bildung speziell für Jugendliche notwendig ist?

Ronald Höhner: Weil Jugendliche anders ticken. Sie sehen im Leben eher nach vorn als zurück. Ihre Interessen an der Gesellschaft sind unmittelbarer, kurzfristiger und projektbezogen. Sie empfinden Ungerechtigkeit oder weltpolitische Ereignisse sehr emotional und wollen auch was verändern können. Dies alles tun sie mit einem Erfahrungshintergrund und einem Wissen, das unvollständig ist und das eigene Weltbild ist gerade noch im Aufbau. Und es geht letztendlich auch ums Lernen fürs Leben, also in sozialer und fachlicher Hinsicht genauso wie im Kennenlernen von sich selbst. All dies sind m.E. genug Gründe, die Themen, die Formen und auch die Orte für Bildung von dieser Spezifik herzuleiten.

Das ist nachvollziehbar, aber was macht das Besondere an der Jugendbildung aus?

Ronald Höhner: Drei Stichworte wären zu nennen. Zum ersten nehmen wir wahr, dass Vorkenntnisse, individuelle Lernwünsche und auch soziale Fähigkeiten sehr ungleich verteilt sind. Diese Fremdwahrnehmung durch die BildnerInnen steht dabei oft im krassen Widerspruch zur Selbstwahrnehmung. Dem begegnen wir mit einem Lernkonzept, welches nicht vorrangig das Ergebnis, sondern auch den Weg dorthin betont. Wir arbeiten also prozess- und ergebnisoffen. Dann sind Jugendliche auf der Suche nach einem konsistenten Weltbild, aus dem heraus sie ihr eigenes Handeln ableiten. Das ist eine

große Verantwortung für uns BildnerInnen. Ein Weltbild wollen und dürfen wir nicht vorgeben. Es muss sich angeeignet werden. Für die Veranstaltung heißt das dann viel Raum zum Diskutieren, Reflektieren und Tolerieren. Einen dritten Punkt sehe ich in dem Bedürfnis, Wissen in Taten umzusetzen. Das stellt eine Herausforderung dar und ist immer heikel. Der Grat zwischen politischer Bildung und politischem Aktionismus ist schmal. Wir versuchen hier, die Selbstermächtigung zu unterstützen und dabei den Blick für Solidarität, Hierarchien und Vernetzungspotenziale zu schärfen.

Die Rosa-Luxemburg-Stiftung macht ja selbst kaum explizite Jugendbildung in diesem Sinne. Im Bereich biographisches Lernen, aber auch im Stiftungsverbund werden verschiedene Angebote gemacht. Ist die Zielgruppe der Jugendbildung hier angesiedelt?

Ronald Höhner: Nein. Unsere Zielgruppe sind die geförderten Träger, die mit Jugendlichen arbeiten. Wir richten uns also an junge Menschen, die die Gesellschaft verändern wollen – solidarisch und mit emanzipatorischen Zielen. Das sind i.d.R. Akteure. Wir unterstützen benachteiligte Jugendliche in ihrer Gesellschaftsreflexion, ihrer Selbstermächtigung und in der Verbreitung ihres widerständigen Praxiswissens und kooperieren natürlich dabei auch mit MultiplikatorInnen.

Kommen wir zu eurem linken und emanzipatorischen Anspruch...

Ronald Höhner: In der Jugendbildung, die wir machen, geht es um das Begreifen von

gesellschaftlichen Verhältnissen, die eigene Positionsbestimmung darin und – daraus abgeleitet – um Gesellschaft veränderndes Handeln. Dabei sind keine Themen und auch keine Methode per se links. Das »Linke« bestimmt sich zugleich aus dem Inhalt, dem Lernprozess und dem Ziel des Ganzen in einem konkreten Kontext. Zum Prozess ist mir wichtig zu sagen, dass wir ein soziales Lernen befördern. Damit meinen wir heterogene Lerngruppen, betonen Kooperation und das Lernen von einander.

Aber dieses Idealbild ist doch nicht zu verordnen. Oder schreibt ihr diese Praxis in die Förderverträge?

Ronald Höhner: Klar gibt es auch in unserer Förderung Bildungsveranstaltungen, die das Ideal wenig erfüllen. Aber wir arbeiten gemeinsam darauf hin und die Qualität unsere Arbeit messen wir daran, wohl wissend, dass die Praxis manchmal schwierig ist. Das Ideal haben wir als Stiftung nicht vorgegeben, sondern mit den Trägern, die wir fördern, zusammen erarbeitet. Es ist auch nicht festgeschrieben, sondern entwickelt sich weiter. Der Schlüssel dazu ist das Jugendbildungsnetzwerk. Auf regelmäßigen Tagungen und Werkstätten reflektieren die Träger gemeinsam ihre Bildungsarbeit, tauschen Erfahrungen aus, lernen von einander und versuchen sich an der Formulierung von Elementen eines linken emanzipatorischen Bildungsbegriffes.

Wie ist die Förderpraxis in der Jugendbildung? Wird das Jugendbildungsnetzwerk in die Entscheidungsfindung einbezogen oder entscheidet ihr nach einer Ausschreibung?

Sabine Nuss

Multimediale Aufklärung zu G8-Gipfel und Globalisierung



DVD mit Bildungsmaterialien für die Auseinandersetzung mit dem G8-Gipfel 2007 in Heiligendamm

Um eine informierte und kritische Auseinandersetzung mit dem G8-Gipfel in Heiligendamm zu ermöglichen, hat der Bereich Politische Bildung der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Februar/März diesen Jahres eine DVD mit Bildungsmaterialien produziert. Darauf findet sich ein Straßeninterview zum Thema »G8 – Was geht mich das an?«, außerdem Bildschirmpräsentationen zu den Themen »Was ist und wie funktionieren die G8?«, »Global Governance oder die institutionalisierte Macht der G8«, »IWF und WTO in Aktion« und »Die G8 in Heiligendamm«. Daneben gibt es einen Interviewfilm mit dem Politologen Michael Heinrich zu »G8 und Kapitalismus«, eine Animation zu globalen Ungleichheitsverhältnissen (Die Welt als Dorf: Globalingen stellt sich vor), ein Weltmächte-Kartenspiel zum Ausdrucken und Ausschneiden sowie viele weitere Texte zum Thema G8 und/oder Globalisierung. So zum Beispiel der Text »Sound des Sachzwangs« von Stephan Kaufmann, der es ermöglicht, sich kritisch mit der Sprache der Abschlusserklärungen der G8-Gipfeltreffen auseinanderzusetzen (die Gipfelerklärungen der letzten Jahre befinden sich ebenfalls auf der DVD).

Die Bildungsmaterialien wurden in einem Multiplikatorenseminar der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Februar in Berlin diskutiert und um weitere Anregungen und Materialien ergänzt. Die DVD wurde schließlich in etlichen Seminaren im Vorfeld des Gipfels in Heiligendamm bundesweit eingesetzt und kann auch über das Großereignis hinaus für politische Bildung verwendet werden, speziell wenn es um Fragen der Globalisierung geht. Das DVD-Projekt ist mittlerweile abgeschlossen, der Inhalt der DVD steht aber auch auf der Homepage der Rosa-Luxemburg-Stiftung unter der URL <http://www.rosalux.de/cms/index.php?id=g8gipfel07> zum Download bereit.

»G8: Die Deutung der Welt«

Der Widerstand gegen den G8-Gipfel hat eine seit Jahren einzigartige Mobilisierung hervorgebracht, die sich nicht nur an den zu den Protesten aufrufenden Gruppen und Initiativen zeigt: Entwicklungspolitische

Nichtregierungsorganisationen, MigrantInnen, Gewerkschaften, christlichen Basisgruppen und die radikale Linke rufen zu Protesten vor Ort auf. Wie sehr sich dieses breite Bündnis inzwischen konsolidiert hat, zeigte die Solidarisierungswelle nach den Razzien durch das BKA am 9. Mai. Rund 40 Durchsuchungen von Wohnungen, Büros und Vereinsräumen von G8-AktivistInnen fanden an diesem Tag statt. Unter dem Vorwand der Kriminalitätsprävention wurde der Versuch unternommen, die politische Arbeit der G8-GegnerInnen zu behindern und die Bewegung zu kriminalisieren. Spontan gingen in Berlin darauf hin mehr als 3.000 Menschen auf die Strasse, über 2.000 in Hamburg, kleinere Protestdemonstrationen fanden in zahlreichen weiteren Städten statt.

»Ich will die G8 lieben, aber ich schaff' es einfach nicht«

Ausdruck der Breite des Bündnisses ist auch eine von der Rosa-Luxemburg-Stiftung geförderte Broschüre zum Thema G8, die gemeinsam von vier Redaktionen (ak – analyse & kritik, arranca!, fantômas und So oder So der Interventionistischen Linken) geplant und herausgegeben wurde. Neben der Analyse der Politik der G8-Staaten wirft sie einen Blick auf verschiedene globale Institutionen wie IWF/Weltbank und WTO, nähert sich neuen globalen Akteuren wie China und wendet sich Afrika zu. Gleichzeitig vermittelt das Heft einen Eindruck über die Bedeutung der Politik der G8-Staaten und zeigt auf, wie sehr die Kämpfe in den unterschiedlichen Bereichen und Kontinenten miteinander verflochten sind. Weitere Informationen unter: <http://www.rosalux.de>.

Dr. Sabine Nuss ist Referentin für politische Ökonomie und Nachhaltigkeit in der Rosa-Luxemburg-Stiftung.



G8: Die Deutung der Welt kritik, protest, widerstand

Eine Gemeinschaftsbroschüre verschiedener Zeitschriften, gefördert durch die RLS, 98 Seiten, 4,50 Euro + Porto
Bestellung: vertrieb@akweb.de
arranca@lists.nadir.org
redaktion@sooderso.de

Heinrich Fink

»Buchenwald, ich kann Dich nicht vergessen ...«

»...Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen...« gehört als Liedzeile zu jedem dieser 18 Lebensbilder, so unterschiedlich sie auch sind. Diese 18 Menschen, heute hoch betagt, waren für viele Jahre oder auch für Monate gezwungen die Kehrseite von Weimar, das KZ Buchenwald, als Schicksal von zur Vernichtung preisgegebenen Arbeitssklaven zu teilen.

Tag und Nacht am Rande des Todes, ob durch ebenso gefährliche wie harte Arbeit und Hunger misshandelt, durch zynische Bewacher verurteilt, öffentliche Hinrichtungen von Mitgefangenen regungslos ertragen zu müssen, eine bittere Variante oft erlittener körperlicher Züchtigung und Folter. Alle haben sich gefragt, ob diese mörderische Versklavung überhaupt noch Leben genannt werden könne. Und im Lied haben sie den eigenen Erfahrungen getrotzt: »Halte Schritt Kamerad und verlier nicht den Mut, denn wir tragen den Willen zum Leben im Blut...«. Schon Ende 1939 war in Buchenwald auf Anordnung des Lagerleiters Rödl ein »Liedwettbewerb« (Belohnung 10 Mark!) ausgeschrieben worden. Die Melodie dazu sollte zügig und froh sein. Den Preis bekam ein Häftling, der unter seinem Namen das von zwei österreichischen Juden verfasste Lied eingereicht hatte. Der eigentliche Dichter war Fritz Beda Löhner, ein Librettist von Franz Lehár. Der Wiener Sänger und Musiker Herrmann Leopoldi schrieb die Melodie. Ihre Erfahrungen auch mit diesem nicht arischen Lied, das fast sieben Jahre lang zum Widerstand ermutigt hat, möchten 18 Schicksalsgenossen aus Buchenwald nun vor allem der Urenkelgeneration unter ihren Leserinnen und Lesern vererben. Zum Widerstand ermutigt mit dem »Willen zum Leben im Blut« und »im Herzen den Glauben«, dass selbst arische Barbarei besieghar ist.

Jeder hat schon fatale Erfahrungen mit eigener Vergesslichkeit gemacht: »...wie war das doch damals?« Wer nicht nur im Repertoire Erinnerung an persönliche Erlebnisse seiner Lebensgeschichte sich enge Grenzen setzen will, sollte die Möglichkeit nutzen, die niedergeschriebene Fülle der Erinnerungen von Zeitzeugen lesend als persönliches Erbe unserer deut-

schen Geschichte anzutreten. Der Dichter Erich Fried, der selber als Schüler vor den deutschen Judenjägern nach England flüchten konnte, sagte sogar: »...denn ich kann nicht denken ohne mich zu erinnern/denn ich kann nicht wollen ohne mich zu erinnern/denn ich kann nicht lieben/denn ich kann nicht hoffen/denn ich kann nicht vergessen/ohne mich zu erinnern.«

Der antifaschistische Kampf von Menschen, die wegen unterschiedlicher politischer Weltanschauungen oder ihrer »Rasse« wegen zu Gefangenen gemacht worden waren, haben bei der Selbstbefreiung von Buchenwald keine Rache an ihren Peinigern und Mördern von fast 60.000 ihre Kameraden genommen, obwohl flüchtende SS-Leute noch die zentrale Wasserversorgung für das Lager zerstört hatten, um doch noch durch Durst und Seuchen die Widerständigen zu vernichten. Bei der Befreiung des Lagers am 11. April übergaben sie die gefangengenommenen SS-Schergen den Alliierten zur Verurteilung. Die 21 Tausend Überlebenden leisteten am 19.4.1945 vor aller Welt eine Schwur: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.« Heute erleben wir ein mediengestütztes Verwirrspiel über die Frage, was denn die Wurzeln von Faschismus damals und Neofaschismus heute sind – und – ob nicht heute allen Opfer des Totalitarismus politisch gleiche Bedeutung beigemessen werden muss. Die These von den zwei deutschen Diktaturen liefert authentisches Erinnern beliebiger Wertung aus und setzt auf Vergesslichkeit. Dem entgegenzuwirken haben 18 Überlebende aus Buchenwald ihre schmerzlichen Erinnerungen als politisches Vermächtnis aufs Neue besonnen in Worte gefasst. Wer Vergangenes um der Gegenwart willen vermessen will, braucht einen sachgerecht gewählten »Trigonometrischen Punkt«. Für diese 18 Autoren, die in 60 Jahren Zeitzeugen neuer Eroberungskriege und weltweit gnadenloser Vernichtung von Zivilbevölkerung und von Natur geworden sind, ist ihr Schwur in Buchenwald verpflichtend geblieben.

Dank an alle, die dieses Buch zu Stande gebracht haben.

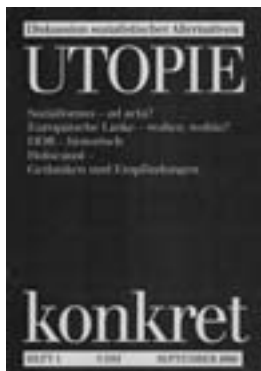
Peter Hochmuth,
Gerhard Hoffmann (Hrsg.)
Buchenwald, ich kann dich nicht vergessen
Lebensbilder, Texte 35 der
Rosa-Luxemburg-Stiftung
248 Seiten, Broschur, mit 58
Abbildungen, 14,90 Euro
ISBN 978-3-320-02100-9



Im Konzentrationslager Buchenwald kamen 100.000 Menschen ums Leben. Sie wurden ermordet, verhungerten, starben in Folge von Menschenversuchen oder setzten ihrem Leben selbst ein Ende, weil sie die Qualen nicht länger ertragen konnten. Am 19. April 1945 legten die Überlebenden einen Schwur ab: »Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Lösung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel!« Im Jahre 2005, 60 Jahre danach, baten die Herausgeber die letzten ehemaligen KZ-Häftlinge von Buchenwald um Interviews über ihr Leben. In diesem Band ist der Sozialdemokrat ebenso vertreten wie der rassistisch verfolgte jüdischer Herkunft, der Kommunist ebenso wie der rassistisch verfolgte Sinto und der rassistisch verfolgte Farbige, der Offizier, der zur Verschwörung des 20. Juli gerechnet wurde, ebenso wie der »Sippenhäftling«. Ahtzehn ehemalige KZ-Häftlinge – zwischen Jahrgang 1906 und 1928 – geben über sich Auskunft. Ein Band mit sehr unterschiedlichen Meinungen und Sichten ist entstanden, denn die meisten sprechen auch über das, was nach 1945 in Ost und West geschah.

Jörn Schütrumpf

200 Hefte UTOPIE kreativ



UTOPIE kreativ – aus den Erfahrungen mit der SED wurde bei der Gründung dieser neuen theoretischen Monatszeitschrift im Sommer 1990 eine Parteizeitschrift abgelehnt und das – zumindest für Ostdeutschland neuartige – Projekt einer Zeitschrift mit erklärter Parteinähe vorgeschlagen. Diese »Verortung« wurde für das Blatt zur »Marke«.

Aufgabe der Zeitschrift war es, ein Podium ins Leben zu bringen, auf dem die historischen und theoretischen Aspekte des – bis dahin mehr deklamatorisch beschworenen denn tatsächlich vorhandenen – Projektes »demokratischer Sozialismus« verhandelt werden sollten. »Demokratischer Sozialismus« wurde dabei nicht als eine Parteitageverkündung, sondern als eine mögliche Konsequenz aus dem Scheitern aller sozialistischen, sozialdemokratischen, anarchistischen, sozialistisch-kommunistischen und religiös-sozialistischen Bestrebungen des 20. Jahrhunderts begriffen. Aus diesem Grunde wurde mit dem Blatt der Landschaft linker Zeitschriften kein weiteres »Richtungsblatt«, sondern, signalisiert durch die Unterzeile »Diskussion sozialistischer Alternativen«, eine sich allen anti- und nichttotalitären linken Strömungen zugängliche Zeitschrift hinzugefügt. Ihr Gründungsname »UTOPIE konkret« – nach Ernst Bloch – ist Programm. (Das Wort »konkret« fiel nach dem zweiten Heft der Androhung eines Rechtsstreites durch eine Zeitschrift diesen Namens zum Opfer...)

Ein zentraler Bezugspunkt, der nichts an Relevanz eingebüßt hat, war von Anfang an das Projekt »moderner Sozialismus«, aus dem unterdessen ein Konturen gewinnendes, zwischen Revolution und Reform angesiedeltes Transformationsprojekt aus dem Kapitalismus heraus hervorgegangen ist. Der Ansatz für eine sich den gesellschaftlichen Realitäten öffnende, plurale und antitotalitäre Linke hat sich als lebensfähig erwiesen; eine Verengung auf eine neue, allein selig machende Richtung blieb dem Blatt bisher erspart.

Die Zeitschrift startete in Zeiten politischer Depression und theoretischer Orientierungslosigkeit – zum Teil sogar Theoriefeindlichkeit – im vollen Bewusstsein ihrer ehrenamtlichen Macher als unlufratives und arbeitsintensives Projekt. Trotz aller existentiellen

Probleme entstand hier ein Ort kontinuierlichen und durchdachten Arbeitens. Geplant wurde von Anfang an nicht für den Tag, sondern für die Zukunft. Denn zuletzt 1968 im Westen und 1989 im Osten hatten bewiesen, wie wenig sinnvoll es ist, wenn eine spontane Bewegung auf eine unvorbereitete Linke trifft und sie zu Recht nur links liegen lassen kann.

Die Autorschaft hatte sich zu Anfang aus einer kleinen Gruppe antistalinistischer Intellektueller und Wissenschaftler rekrutiert, fast alle hatten das Rentenalter erreicht bzw. waren in den Vorruhestand abgedrängt worden. Profil bildend wirkten Helmut Steiner, Gunther Kohlmeier, Hermann Klenner, Wilfriede Otto, Ulla Plener, Reinhard Mocek und Peter Heß.

Die Debatten in den Gang zu bekommen, gelang in den ersten Jahren nachhaltig nur bei historischen Fragen, hierbei allerdings recht erfolgreich, sodass eine antistalinistische Fundierung des zu entwickelnden demokratischen Sozialismus schnell herbeigeführt wurde, die für die Zeitschrift irreversiblen Charakter annahm.

Eine radikale Verjüngung der Leserschaft trat ein, als sich 1999 die Rosa-Luxemburg-Stiftung entschied, das Blatt herauszugeben. Durch die Mitarbeit von Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten wurde die Autorschaft der Zeitschrift zudem nachhaltig verändert. Die Manuskripte von RLS-Stipendiaten haben sich in den vergangenen Jahren in Quantität und Qualität deutlich erhöht und tragen nun zusammen mit den Manuskripten aus dem nichtstipendiatischen Bereich dazu bei, dass die Zeitschrift im linken Bereich zu den Blättern mit dem niedrigsten Altersdurchschnitt gehört.

Seit September 1990 sind 200 Monatshefte à 96 Seiten (davon 26 als Doppelhefte à 192 Seiten) sowie vier Sonderhefte und zwei Bücher erschienen.

Die ehrenamtliche Redaktion von UTOPIE kreativ lädt auch in Zukunft zum Mittun ein.

Jörn Schütrumpf ist Redaktionsmitglied der Zeitschrift UTOPIE kreativ.

Ezequiel Adamovsky

Antikapitalismus für alle

Die neue Generation emanzipatorischer Bewegungen



AntikapitalistInnen sind im Grunde alle von uns, die das Gefühl haben, dass ein Großteil des Leidens auf der Welt durch ein ungeRechtes Gesellschaftssystem verursacht wird: den Kapitalismus. Seit der Herausbildung dieses Systems vor mehreren Jahrhunderten haben sich viele Menschen dagegen gewehrt, aber nur in den letzten zweihundert Jahren ist dieser Widerstand bewusst geworden. Seitdem kämpfen AntikapitalistInnen in vielen Formen und an vielen Plätzen für eine andere Gesellschaft.

Der Kapitalismus kann definiert werden als eine Reihe von Gewohnheiten, Gesetzen, politischen und wirtschaftlichen Institutionen, eine ganze Kultur, die die Tatsache garantiert und legitimiert, dass einige Menschen andere vom Zugang zu fast allen Ressourcen ausschließen und sie zur eigenen Bereicherung benutzen können.

Als Klassengesellschaft birgt der Kapitalismus im Kern eine ständige Spannung: den Klassenkampf. Genauso wie Unterdrückung und Ausbeutung überall präsent sind, so auch der Widerstand.

Die wichtigste Frage des Antikapitalismus lautet: Wie verwandeln wir unseren ständigen Widerstand in eine Kraft, die den Kapitalismus als Ganzes abschaffen kann?

Der neue Antikapitalismus ist Erbe der vergangenen Kämpfe. Aber natürlich ist er anders – weil er aus der Vergangenheit gelernt hat.

In den Medien hört man die Sprachrohre der Mächtigen häufig sagen, dass es sich bei der Suche nach einer anderen Welt nur um eine Utopie handele, um nur etwas mehr als gute Absichten, ohne konkrete Vorschläge.

Der neue Antikapitalismus hat kein einheitliches und geschlossenes Programm, und vielleicht wird er nie eins brauchen. Das heißt nicht, dass er keine konkrete Ideen davon hat, wie die Welt zu verändern ist.

DIESES BUCH IST
EINE "WERKZEUGKISTE".
ES SOLL HELFEN, DEN KAPITALISMUS
ZU ÜBERWINDEN UND NEUE
WELTEN ZU ENTDECKEN.



178 Seiten, Broschur mit Abbildungen
9,90 Euro, ISBN 978-3-320-02109-2



Standpunkte 1/2007

Reiner Zilkenat

Neues zum Antisemitismus – Zustände in Deutschland

Standpunkte 2/2007

Dieter Klein, Michael Brie

Elementare Fragen neu bedenken
Kapitalismus, Sozialismus, Eigentum
und Wege der Veränderung

Standpunkte 3/2007

Klaus Lederer

Der »Fall« Sparkasse Berlin: Lackmustest für
die Glaubwürdigkeit einer neuen Linken

Standpunkte 4/2007

Jörn Schüttrumpf

Rosa Luxemburg, die Patin des Terrors?

Standpunkte 5/2007

Judith Dellheim

**Bedarfsorientierte Soziale Grundsicherung
versus Bedingungsloses Grundeinkommen**

Standpunkte 6/2007

Ulrich Brand

Die »grün« muss die Linke sein?

Zur Frage der Gerechtigkeit:

Verkürzungen der aktuellen Klimadebatte und
herrschender Nachhaltigkeit

Standpunkte 7/2007

Ulrich Schachtschneider

Wie »grün« muss die Linke sein?

»Grün« muss links sein!

Standpunkte 8/2007

Werner Ruf

Islamische Bedrohung?

Standpunkte 9/2007

Lutz Brangsch/Michael Brie

In der Sackgasse – oder: Mittel

beherrschen Ziele


Eine gescheiterte Strategie

Bestellungen über:

Rosa-Luxemburg-Stiftung

Tel. 030 44310-123, Fax 030 44310-122

info@rosalux.de



»Für gewöhnlich sieht unsere Gesellschaft im ganzen ziemlich wohlhändig aus; sie hält auf Ehrbarkeit, auf Ordnung und gute Sitten. Freilich gibt es Mängel und Unvollkommenheiten im Bau und Leben des Staates. Aber hat denn die Sonne nicht auch ihre Flecken? Und gibt es denn überhaupt etwas Vollkommenes hienieden? Die Arbeiter selbst, namentlich die bessergestellten, die organisierten, glauben gern, daß, alles in allem, Dasein und Kampf des Proletariats in den Grenzen der Ehrbarkeit und Wohlhändigkeit abläuft. **Ist denn die ›Verelendung‹ nicht als graue Theorie längst widerlegt?** Jedermann weiß, daß es Asyle, daß es Bettler, Prostituierte, Geheimpolizisten, Verbrecher und ›lichtscheue Elemente‹ gibt. Aber das alles wird gewöhnlich als etwas Fernes und Fremdes empfunden, als etwas, das irgendwo außerhalb der eigentlichen Gesellschaft liegt.

(...) Wer sind die Bewohner des Asyls, die dem faulen Bückling oder dem giftigen Fusel zum Opfer fielen? Ein Handlungsgehilfe, ein Bautechniker, ein Dreher, ein Schlosser – Arbeiter, Arbeiter, lauter Arbeiter. Und wer sind die Namenlosen, die von der Polizei nicht rekognosziert werden konnten? Arbeiter, lauter Arbeiter oder solche, die es noch gestern waren.

Und kein Arbeiter ist vor dem Asyl, vor dem vergifteten Bückling und Fusel gesichert. **Heute noch rüstig, ehrbar, fleißig – was wird aus ihm, wenn er morgen entlassen ist, weil er die fatale Grenze der vierzig Jahre erreicht hat, bei der ihn der Unternehmer für ›unbrauchbar‹ erklärt? Was, wenn er morgen einen Unfall erleidet, der ihn zum Krüppel, zum Rentenbettler macht?«**

Rosa Luxemburg, **Im Asyl**, 1912 (Band 3)